

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, des
Personen- und Warenverkehrs

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig 1922, der in starkem Maße unter Einfluß Dismanns und der stärker in Erscheinung tretenden Rationalisierung der Wirtschaft stand, wurde grundsätzlich einer Zusammenlegung der freien Gewerkschaftsverbände nach 15 Industriegruppen zugestimmt. Schon bei dieser Gruppierung waren als einheitliche Gruppen aufgezählt die Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe sowie des Verkehrs. Aber das stürmische Tempo der Gewerkschaftsentwicklung von 1919 bis 1922 hielt nur noch kurze Zeit vor. Die Inflation machte dem gewaltigen Anschwellen der deutschen Gewerkschaften ein jähes Ende und mit Mühe und Not gelang es den meisten Verbänden nur, ihren sozialen und finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die letzten Inflationswochen im Herbst 1923 brachten fast allen Verbänden geradezu katastrophale Erschütterungen in ihrem Organisationsleben. Der innere Organisationsapparat mußte großenteils „abgebaut“ werden. Die Presse erschien nur noch in längeren Zeitläuften und im dürftigsten Gewande. Die Agitation in den Gauen und Wirtschaftsbezirken konnte zum Teil nicht mehr durchgeführt werden aus Mangel an Reise-mitteln. Manchem erschien damals der Bestand der Gewerkschaften ernstlich gefährdet! Dabei hatten andererseits die Verbandsfunktionäre eine ungeheure Arbeit zu leisten. Zunächst dreimonatliche, dann monatliche, schließlich sogar wöchentliche Lohnverhandlungen fanden statt, um der wachsenden Inflationssteuerung nachzukommen. Und doch gelang dies nicht. So kam zur großen Mühe auch noch die starke, an sich ja berechnete Unzufriedenheit weiter Kreise der Arbeiterschaft. Aber noch Schlimmeres geschah: Der Achtstundentag, das weithin sichtbare Wahrzeichen der deutschen Revolution auf gewerkschaftlichem Gebiete wurde zunächst von der bürgerlichen Regierung über den Haufen gerannt. Mit Verordnung vom 23. Dezember 1923 galt der Achtstundentag nur noch „grundsätzlich“, während er praktisch preisgegeben wurde. Jetzt mußten die Gewerkschaftsorganisationen den Kampf auch auf diesem Gebiet neu aufnehmen. Als drittes Erschwernis kam hinzu, daß damals gerade die von den Kommunisten geführte radikalisierte Arbeiterschaft nicht unerheblichen Einfluß in den Gewerkschaften hatte, zum Teil auch eigene „Unionen“ aufmachte, die immerhin Hemmnisse in unseren Kämpfen waren.

Bei alledem muß festgestellt werden, daß die deutschen Gewerkschaften trotz ihrer inneren Not alle Kraft konzentrierten, um im Teilkampf, Schritt um Schritt, den Achtstundentag wieder zurückzuerobern sowie auch die materielle Besserstellung wieder durchzusetzen. Heute haben mehr als Dreiviertel der Industriearbeiterschaft, Angestellten und Beamten den Achtstundentag in Tarifverträgen usw. festver-

ankert. Erinnert man sich dieser Entwicklung, so darf es nicht wunder nehmen, daß an eine ernstliche Auswirkung der Leipziger Kongreßbeschlüsse in bezug auf die Konzentration nicht gedacht werden konnte. Mit dem Jahre 1924 setzten lebhaftere Lohnkämpfe ein, um die auf Reichsmark reduzierten Billionen, die nicht mehr zum Leben ausreichten, zunächst einmal mit dem amtlichen Lebenshaltungsindex einigermaßen in Einklang zu bringen. Darüber verging Jahr und Tag. Und als 1925 der Gewerkschaftskongreß in Breslau zusammentrat, sah das Bild der deutschen Gewerkschaften wesentlich anders — und besser — aus. Wohl hatten sich inzwischen eine Anzahl Verschmelzungen vollzogen. Andererseits waren auch in den trüben Zeiten der Inflation die kleineren Berufsgewerkschaften nicht müßig gewesen und hatten für ihre Mitglieder manche Erfolge aufzuweisen, so daß die Konzentrationsbestrebungen sich nicht mehr in so stürmischer Weise durchsetzen konnten. Die Breslauer Resolution behielt zwar die Gruppierung nach den 15 Industriegruppen als Richtlinie bei; aber das Tempo des Zusammenschlusses wurde doch durch diesen Kongreß offenkundig gestoppt. Daran änderten auch die Separaterklärungen unseres Verbandes sowie des Bauarbeiterverbandes usw. nichts.

So entstand also für unsere Organisation eine Art Zwangslage, nun auf direktem Wege der verschiedenen Grenztreitigkeiten zwischen Verkehrsbund, Metallarbeitern, Maschinisten und Gemeindearbeitern Herr zu werden durch Kartellverträge. Die Verhandlungen mit dem Verkehrsbund führten dann zu Verschmelzungsvorschlägen. Unser Frankfurter Verbandstag 1925 hatte bekanntlich diese Kartellverträge mit dem Ziel der Verschmelzung sanktioniert. Nachdem nun in den drei weiteren Jahren diese Verhandlungen fortgeführt wurden, in Verbindung mit dem Eisenbahnerverband (sowie zeitweilig mit dem Verband der Maschinisten und Heizer), nahm auch der Verbandstag in Köln 1928 wiederum eine Entschließung im Sinne der Verschmelzung an. Als dann der Verbandstag der Eisenbahner im Jahre 1928 in Frankfurt a. M. eine erschwerende Formel beschloß (wonach 75 Proz. der Mitglieder in Urabstimmung die Verschmelzung zu beschließen hatten), war zunächst in unserem Verband die Stimmung geteilt. Die einen meinten, damit seien bis auf weiteres die gesamten Verschmelzungsverhandlungen zurückzustellen; die andern wollten evtl. den gesonderten Zusammenschluß der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, indem man mit den Eisenbahnern neu verhandeln sollte. Noch andere waren der Meinung, daß nun nur mit dem Verkehrsbund die Verhandlungen aufzunehmen seien. Diese Richtung setzte sich in unserem Verbandsrat mit großer Mehrheit durch. Bedenken hatte es dabei in unseren Reihen ziemlich viel gegeben. Sie sind auch heute noch nicht ganz aus

der Welt geschaffen, wie das wiederholt Kollege Polenske in seinen Referaten ausgeführt hat. Insbesondere glaubte ein Teil der Kollegen, daß die Verschmelzung durch ihre in den letzten Monaten etwas eilig betriebene Fortführung zunächst noch viele Unebenheiten aufweisen wird, die man füglicher Weise besser vorher ausgeglichen hätte.

Im Verkehrsbund — soweit wir das übersehen können — kam unter der planmäßigen Führung Oswald Schumanns (der ein hervorragender Praktiker von Verschmelzungen ist), sehr bald eine einheitliche Auffassung über Nutzen und Notwendigkeit der baldigen und beiderseitigen Verschmelzung zustande.

Die dritte Gruppe endlich, die Kollegen vom bisherigen Gärtner- und Gärtnerarbeiter-Verband hatten sich schon seit vielen Jahren, wenigstens in ihren leitenden Körperschaften mit dem Gedanken vertraut gemacht, einmal mit den Gemeindefacharbeitern zusammenzugehen, zumal bereits ebensoviel Berufskollegen in unserem Verband organisiert waren und ein weiteres Drittel ihrer Mitgliedschaft gleichfalls in Gemeindebetrieben tätig ist.

Damit haben wir die Situation gekennzeichnet, die sich in den letzten Monaten herausgebildet hatte. Mehrere Verbandsbeiratsitzungen sowie unsere Wirtschaftsbezirkskonferenzen nahmen dann Stellung zu den Verhandlungsergebnissen. Da waren insbesondere zwei Dinge, welche den Kollegen die Verschmelzung erleichtern: Erstens das Zugeständnis einer paritätischen Zusammensetzung der leitenden Körperschaften im neuen Verband. Zweitens der Charakter unserer Betriebsorganisation soll auch im neuen Verband durchaus anerkannt bleiben und in Konsequenz sollen auch die tarifrechtlichen Beziehungen nach Möglichkeit auf den Soziallohn und auf das soziale Arbeitsrecht aufgebaut werden. Etwas erschwerend hingegen waren erstens die verschiedenartigen Beiträge und Unterstützungseinrichtungen beider Großverbände, zweitens die andersartigen Verrechnungen des Verkehrsbundes in bezug auf die Filialen. Da aber sowohl bei den Vorberatungen der Vorstände als auch bei den Statutenberatungen noch erhebliche Ausgleichs gesunden wurden, hatte unser Verbandstag als auch der des Verkehrsbundes und der Gärtner verhältnismäßig leichte Arbeit.

Nach dieser Darlegung der Gesamtsituation verbleibt uns nur noch etwas zu sagen über die Tagung selbst, wobei wir auf den ausführlichen Bericht an anderer Stelle dieser Nummer ausdrücklich verweisen.

Der 12. (2. außerordentliche) Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

fand im Saale der „Neuen Welt“ in Berlin statt. Eine Anzahl Vertreter unserer ausländischen Bruderorganisationen waren erschienen. An Stelle des erkrankten Kollegen Müntner eröffnete Kollege Becker den Verbandstag. Dabei wies er insbesondere auf die Notwendigkeit der Betriebsorganisation für die öffentlichen Betriebe hin, dem nun auch Leipart in seinem Begrüßungsartikel der „Gewerkschaft“ Anerkennung gezollt hat. Nach einem kurzen Geplänkel des Kollegen Bollmann-Berlin, der namens der „Opposition“ forderte, daß allen Delegierten, die nicht in der Urwahl gewählt sind, das Mandat abzuerkennen sei, wurde der Antrag der Mandatsprüfungskommission überwiesen, die dann feststellte, daß alle Delegierten ordnungsgemäß gewählt worden sind. Bollmann mißbrauchte dann noch die Redezeit zu allerhand politischen Mißwürfen, um andere Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Mit allen gegen sechs Stimmen wurde aber die vorliegende Tagesordnung angenommen.

Damit konnte Kollege Polenske sein Referat über den

Zusammenschluß der drei Verbände

beginnen. Der Redner wies darauf hin, daß die Frage der Verschmelzung kühl und nüchtern betrachtet werden müsse gerade wegen ihrer gewaltigen Bedeutung. Er schilderte die einzelnen Stadien der Verschmelzungsbewegung seit 1922. Wichtig ist vor allem, daß auch in der neuen Organisation der

Gedanke des sozialen Arbeitsvertrages als leitend anerkannt wird. Neben den sechs Reichsabteilungen sollen Reichsfachgruppen nach Bedarf errichtet werden. Die Invalidenunterstützung wird ab 1. Januar 1930 neu eingeführt. In der Einteilung der Bezirke werden nur an wenig Stellen Änderungen vorgenommen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich zunächst in der Beitrags- und Unterstützungsfrage, weil das Statut des Verkehrsbundes von unserem bisherigen wesentlich abweicht. Ebenso schafften die Fragen des Anteils der Filialen an den Beiträgen einige Erschwerungen. Durch die Statutenberatungskommission dürften aber auch diese Unebenheiten ausgeglichen sein. Kollege Polenske wies auch darauf hin, daß aus innerorganisatorischen Gründen es im gegenwärtigen Augenblick leider nicht möglich war, die Zahl der Reichsabteilungen zu reduzieren. So könnte später voraussichtlich die Abteilung Reichs- und Staatsbetriebe mit Post und Telegraphie vereinigt werden, ebenso die Gruppe Straßenbahner mit der Abteilung Gemeindefacharbeiter. Der Redner kam dann auf die paritätische Zusammensetzung des Vorstandes im einzelnen zu sprechen und wies darauf hin, daß der 46köpfige Vorstand zwar ein „Schönheitsfehler“ sei, aber infolge der bereits noch größeren Zahl der drei Verbandsvorstände war im Moment eine weitere Reduzierung schwer möglich. Erfreulich ist, daß in Zukunft auch die weiblichen Mitglieder unter allen Umständen zwei Kolleginnen in den Vorstand senden. Der Verbandsausschuß, dessen Sitz bei uns bekanntlich in Stuttgart, beim Verkehrsbund in Magdeburg war, wurde der zweitgrößten Filiale des neuen Verbandes, Hamburg, zugewiesen. Mit einem Appell für den weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und für weitest gehenden Ausbau des sozialen Arbeitsrechts schloß der Redner seinen zweistündigen Vortrag.

Als einziger Diskussionsredner sprach Kollege Moellers-Berlin für die kommunistische Opposition. Er verlor sich dabei allzusehr in allerhand politische Betrachtungen, die mit der Verschmelzung nicht das geringste zu tun hatten. Am Schluß erklärte er: „Wir als Opposition lehnen die Verschmelzung ab!“ Das sind dieselben Kollegen, die vor nicht allzulanger Zeit in der „Roten Fahne“ darüber geiferten, daß in der Verschmelzungsfrage nichts geschehe!

Nach dem Schlußwort des Referenten wurde dann die Zusammenlegung der Verbände mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen. Eine Statutenberatungskommission der drei Verbände hatte bereits einige Tage vor dem Verbandstag die neuen Verbandsstatuten im einzelnen beraten. Nun berichtete hierüber ausführlich Kollege Paul Schulz vom Verbandsvorstand. Neben einzelnen, meist untergeordneten Abänderungsvorschlägen ist beachtenswert, daß in Zukunft ein Bildungs- und Wirtschaftsfonds geschaffen wird. Es werden daher pro Jahr für Bildungszwecke erhebliche Mittel zur Verfügung stehen. Die bisherigen Bildungseinrichtungen unseres Verbandes kosteten etwa 125 000 Mk. pro Jahr, so daß also auch im neuen Gesamtverband die Bildungsarbeit noch wesentlich erweitert werden kann. Hierzu dient uns bekanntlich die neue Bildungsschule des ADGB in Bernau, in der wir eine eigene Klasse haben. Das neugewählte Vorstandsmitglied, Kollege Förster (bisher Dresden), wird sich in Zukunft ausschließlich der Werbe- und Bildungsarbeit widmen. Damit schaffen wir nicht nur eine verstärkte und zielsichere Kampfesfront, sondern wir werden ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl des Funktionärkörpers unseres neuen Verbandes erreichen. Allseitig kam auch der Wille zum Ausdruck, ein einheitliches Verbandsorgan für alle Gruppen zu schaffen. Es trägt den Namen „Gewerkschaft“. Spezialfragen der Reichsabteilungen sollen darin besondere Berücksichtigung finden. Hauptschriftleiter ist unser Kollege Dittmer. Natürlich bleiben die rein fachtechnischen Organe, wie „Wirtschaft und Technik“, „Sanitätswarte“, ebenso „Luft- und Kraftfahrt“ sowie das „Gärtnerfachblatt“ bestehen.

Dem ausführlichen Referat des Kollegen Schulz folgte eine

ziemlich ausgedehnte Diskussion, die eine Anzahl Wünsche auf Abänderung der Statuten brachte. Sie wurden dem Vorstand als Material überwiesen. Das Statut selbst sowie das Programm des Gesamtverbandes wurden gegen eine kleine Minderheit angenommen. Das Beamtenprogramm wurde zur Kenntnis genommen. Es soll noch dem Beamtensekretariat vorgelegt werden.

Die Beschwerte B ü s e r - Köln gegen seinen Ausschluß (er hatte sich bekanntlich mit Hilfe der Christlichen — gegen unsere freigewerkschaftliche Liste — zum Betriebsrat wählen lassen) wurde zurückgewiesen.

Dem Kollegen M ü n t n e r wurden als Beantwortung seines Begrüßungsschreibens die herzlichsten Grüße und Wünsche auf recht baldige und völlige Genesung übermittelt.

In einem markigen Schlußwort deutete Kollege B e c k e r darauf hin, daß nach dem Verbandstag erst der erheblichsste Teil der Verschmelzungsarbeit in den Bezirken geleistet werden muß. Mit brausendem Hoch auf die freie Arbeiterbewegung Deutschlands und die freie Arbeiterbewegung der gesamten Welt wurde der zweite außerordentliche Verbandstag geschlossen.

* * *

Die gemeinsame Tagung des Verkehrsbundes, des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter und unserer Organisation

Im „Großen Saal“ der „Neuen Welt“ waren am 9. Oktober 1929 gegen 1000 Delegierte und Gäste vereinigt. Die Reichsregierung hatte Ministerialrat Dr. Schilling vom Reichsfinanzministerium sowie Ministerialrat Leube vom Reichsverkehrsministerium entsandt; der Magistrat Berlin war durch Stadtrat Czerninski vertreten. Eine Anzahl in- und ausländischer Gäste nahmen ferner teil.

Von den zum Teil recht bedeutungsvollen Begrüßungsreden sei hier nur erwähnt die warmherzige und treffliche Rede des Vorsitzenden des ADGB, C e i p a r t, der daran erinnerte, daß vor 36 Jahren bereits der Fachverein der Drechsler sich dem Industrieverband der Holzarbeiter anschloß, und daß damals ein Teil der Kollegen nicht ganz mit dem Herzen dabei war, weil sie befürchteten, im großen Verbandsverbande könnten ihre besonderen Interessen nicht genügend Berücksichtigung finden. Die Zeit hat damals wie heute ergeben, daß die neue Großorganisation weitere schöne Erfolge für alle Mitglieder bringt. Der Bundesvorstand selbst hat die größte Freude an dieser Entwicklung; denn je größer die einzelnen Glieder des Bundes, um so stärker auch der Bund selbst. Wir können freilich keinen allgemeinen Arbeiterverband brauchen, sondern die Organisationen müssen sich auf die Berufsangehörigen oder auf die Industrie stützen, und für die öffentlichen Betriebe auf den Betrieb. In diesem Industrieverband muß auch den Berufsgruppen Bewegungsfreiheit gegeben werden, wie das im neuen Verband durch die Reichsfachgruppen geschehen wird.

Für die Reichsregierung wies Ministerialrat Dr. Schilling darauf hin, daß eine weitsichtige Regierung den neuen Verband nicht nur aus kühlen politischen Erwägungen begrüße, sondern aus dem wärmeren Gefühl der vertraglichen Gebundenheit. Es ist besser, mit einem vollverantwortlichen Großverband zu verhandeln, als mit zersplitterten einzelnen Gruppen.

Ein wichtiges Ereignis und eine freudige Ueberraschung war jedoch die Ausführung des Kollegen G r o l l m u s vom Verband der Berufsfeuerwehrmänner. Unter stürmischem Beifall des Verbandstages gab er eine Erklärung seines Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses bekannt. Diese Körperschaft hatte am 8. Oktober beschlossen, die Vereinigung mit dem Gesamtverband möglichst bis zum 1. Januar 1930 herbeizuführen. Ein außerordentlicher Verbandstag findet am 13. und 14. Dezember 1929 statt, der den Zusammenschluß vollziehen soll.

Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes (Kollege S c h e f f e l), sowie des RDK. (Kollege T h e e k) konnten leider neben ihrer Sympathieerklärung für den Anschlußgedanken solche Zusage einstweilen nicht machen.

Der Verbandstag trat alsdann sofort in das einzige Thema der Tagesordnung ein: der Zusammenschluß der drei Verbände. Hierüber berichtete wiederum Kollege P o l e n s k e. Diesmal mußte der Referent, entsprechend der erweiterten Zusammensetzung, das Thema von wesentlich anderen Gesichtspunkten anpacken. Er gab einen interessanten geschichtlichen Abriss der Entwicklung der drei Verbände. Dabei verwies er auf den ungeheuren sozialen und materiellen Tiefstand der ungelerten Arbeiter im besonderen zur Zeit der Gründung unserer Organisation. Gewiß sind auch heute noch die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen unbefriedigend und dringend verbesserungsbedürftig, aber wofür ein Unterschied ist doch in diesen vier Jahrzehnten aufzuweisen. Damals saßier unbegrenzte Arbeitszeit von 12 bis 18 und mehr Stunden, heute Achtstundentag; damals: schwache Anfänge der sozialen Gesetzgebung — heute: erheblicher Ausbau und Arbeitslosenversicherung; damals wirtschaftliche Rechtlosigkeit — heute: Arbeitsgericht, Betriebsrätegesetz, Tarifrecht; heute: besonders in öffentlich-rechtlichen Betrieben stärkere Anzäh zum sozialen Recht und Soziallohn.

Der Redner schilderte dann den Charakter des neuen Gesamtverbandes als gemischte Organisation, das heißt: neben den ungelerten Arbeitern und Handwerkern sind auch Angestellte und Beamte in größerer Zahl unsere Mitglieder. Aus letzterem ergibt sich ein besonderes Tätigkeitsfeld, das durch ein Beamten-Sekretariat bearbeitet wird.

Neben der Sicherung des Berufsbeamtentums muß ein Ausbau zum wahren Volksbeamtentum im modernen demokratischen Staate erfolgen.

Durch den Hinzutritt von weiteren 160000 Arbeitern, Angestellten und Beamten des Verkehrsbundes wird der neue Verband das Wesen unserer Betriebsorganisation auch weiterhin verkörpern. Der Einfluß des neuen Verbandes muß sich aber nicht nur innerorganisatorisch verstärken, sondern auch gewerkschaftspolitisch, ja wirtschaftspolitisch. Wir werden also neue Möglichkeiten haben, um größeren Einfluß in der öffentlichen Wirtschaft zu gewinnen. P o l e n s k e schloß mit dem Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei als der stärksten parlamentarischen Stütze. Der Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg gegen den Kapitalismus für den Sozialismus ist unser Ziel.

Unter Vorsitz des Kollegen S c h u m a n n wurde alsdann die Abstimmung über den Zusammenschluß sowie die Satzungen (mit den Abänderungen durch die Statutenberatungskommission), ebenso über Verbands- und Beamtenprogramm vorgenommen und mit allen gegen 7 Stimmen beschlossen. Ferner erfolgte die Wahl der Verbandskörperschaften (s. auch Bericht).

Mit einem trefflichen packenden Schlußwort sagte Kollege S c h u m a n n noch einmal die Resultate dieser Tagung zusammen. Er gedenkt des Kollegen M ü n t n e r und wünscht baldige Genesung. S c h u m a n n erinnert sodann an die Vergangenheit mit ihrer mühseligen Organisationsarbeit all der Hunderttausende, die aus der Tiefe emporstiegen. Auch die neue Organisation, der Gesamtverband, muß vom Vertrauen der Hunderttausende getragen werden. Wir kämpfen nicht nur für die wirtschaftliche und soziale Besserstellung, sondern auch für den kulturellen Aufstieg der Massen, für die höchsten Menschheitsideale.

Der Verbandstag schloß mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale.

* * *

Ein Festabend vereinigte die gesamten Delegierten sowie einen Teil der Berliner Funktionäre mit ihren Frauen in den Gesamträumen der „Neuen Welt“. Ein prachtvolles künstlerisches Programm, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester, vom Berliner Sinfonie-Orchester, dem Landrat-Chor und dem Staatsopernsänger Roth sowie Festansprachen der Kollegen S c h a u m und O r t m a n n brachte einen wundervollen Ausklang dieses historisch denkwürdigen Tages, des ersten Kongresses der neuen Organisation. E. D.

Das Parlament der deutschen Städte

II. (Schluß.)

Am zweiten Tage hielt Dr. Jarres einen Vortrag über „Die Bedeutung der gemeindlichen Unternehmungen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft“. Der Duisburger Oberbürgermeister ist führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Ruferin im Kampf gegen die Gemeindebetriebe. Als erfahrener Kommunalpolitiker kann er diesen Kampf nicht billigen. Im Gegenteil. Sein Referat ist eine Anklage gegen die kapitalistische Politik seiner Partei, ist Aufruf zur Gemeinwirtschaft und sollte eine Warnung für alle Kommunalwähler vor den Parteien sein, die die kommunalen gemeinnützigen Betriebe bekämpfen. Im einzelnen führte der Referent folgendes aus:

Die Frage der gemeindlichen Unternehmungen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft ist viel umstritten. Das Bewußtsein, daß die kommunalen Betriebe unentbehrlich sind, sei den Praktikern der beste Beweis für die Daseinsberechtigung kommunaler Unternehmungen. Gleichgültig, ob die gemeindliche Betätigung von dem einen besorgt „Kommunalsozialismus“ und von dem anderen hämisch „Kommunalkapitalismus“ genannt wird. Gegner der kommunalen Wirtschaft solle man nicht unterschätzen, sondern sich kräftig zur Wehr setzen.

Seitdem im Jahre 1926 der Reichsverband der Deutschen Industrie mit den anderen Unternehmerverbänden in die Offensive gegen die Gemeindeunternehmungen vorgegangen ist, und zwar in einer Form, daß man mit Recht von einem konzentrierten Angriff gegen die Gemeinden sprechen kann, will es nicht mehr ruhig werden. Die Städte haben sich hiergegen auf das stärkste gewehrt. Der Referent erwähnt einzelne Männer und Zeitschriften, welche im Kampf für die Erhaltung der kommunalen Wirtschaft hervorragendes geleistet haben und erwähnt hierbei auch die Kampfschrift unserer Organisation.

Es ist schwierig, sich zahlenmäßig ein zuverlässiges Bild über die Bedeutung der Wirtschaftsunternehmungen der öffentlichen Hand im Verhältnis zur deutschen Gesamtwirtschaft zu machen. Eins steht aber fest: einmal, daß der Umfang der kommunalen Eigenwirtschaft von den Gegnern überschätzt, und andererseits, daß die Qualität der wirtschaftlichen Nutzeffekte dieser Arbeit unterschätzt wird. Auf das große Gebiet der Wohlfahrtsarbeit, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr, Fäkalienverwertung, Schlacht- und Viehhöfe, Bade- und Desinfektionsanstalten, Markthallen und Friedhöfe auch Krankenhäuser und Pflegeanstalten wird kein privater Anspruch erhoben, sondern hier hält man den Pflichtenkreis der Kommunalverwaltungen für selbstverständlich. Die Gemeinden haben hervorragende Arbeit geleistet auf dem Gebiet zur Bekämpfung der Wohnungsnot. In den beiden letzten Jahren wurden rund 91 Proz. der in den Städten neu hergestellten Wohnungen ganz oder doch größtenteils durch die Städte finanziert. Angesichts dieser Leistungen müssen die Städte mit Entrüstung den Gedanken zurückweisen, die durch Gesetz ihnen bisher verbrieften Hauszinssteuerhypothesen zu nehmen.

Die Angriffe gegen die kommunale Wirtschaftsbeschäftigung richten sich aber insbesondere gegen die gewinnsuchenden Betriebe der Gemeinden. Das Vermögen der öffentlichen Hand wird auf etwa 52 Milliarden geschätzt, 300 000 Arbeiter und Angestellte sind in den Gemeindebetrieben tätig.

Von den Wasserwerken waren 1927 rund 95 Proz. aller Werke kommunal. Von den 1209 deutschen Gaswerken mit einer Leistung von 35 Milliarden Kubikmetern befanden sich 981 mit rund 3 Milliarden Kubikmetern in rein kommunaler Hand. Die Gesamtzeugung an elektrischem Strom sei von 2,8 Milliarden im Jahre 1913 auf 16,38 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1928 gestiegen. Daran war das Reich mit 1,6 Milliarden oder 9,8 Proz., die Länder mit 1,9 Milliarden oder 11,4 Proz. und der Kommunalbetrieb mit 5,6 Milliarden oder 34,3 Proz. beteiligt. Fortschritte der Technik und durchschlagende volkswirtschaftliche Erwägungen drängen immer mehr zu Großanlagen und lassen auf dem Gebiet der Gas- und Stromversorgung den kommunalen Eigenbetrieben nur an großen Versorgungszentralen rentabel erscheinen. Eine Gruppenversorgung, sei es in rein kommunaler Zusammenfassung oder in gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen wird das Gegebene sein. Von 149 Straßenbahnen sind 110 kommunal, 35 privat und 4 gemischt-wirtschaftlich.

Man behauptet, daß die Gemeinden im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht rentabel wirtschaften. Das mag in längst vergangener Vergangenheit hier und da richtig gewesen sein.

Inzwischen haben sich die kommunalen Betriebe umgeformt und von lästigen bürokratischen Fesseln befreit. Das finanzielle Ergebnis der auf Gewinn betriebenen Unternehmungen ist durchaus erfreulich. Wenn 1925 die Nettoüberschüsse der städtischen Betriebe im Verhältnis zum gesamten kommunalen Zuschußbedarf nur einen Prozentsatz von 8,2 ergab, so ist 1928 bei den Städten mit über 50 000 Einwohnern dieser Satz im Durchschnitt auf 17,8 zu berechnen. Dabei haben die Städte mit über 200 000 Einwohnern mit 19,3 Proz. am besten abgeschnitten. Im ganzen haben 1928 die Betriebe zu dem Finanzbedarf der Städte mit über 50 000 Einwohnern 384 Millionen Mark zugesteuert. Angesichts der finanziellen Not der Städte sind die kommunalen Betriebe ein wesentliches Hülfsmittel der Gemeinden geworden, wobei dennoch die Tarife durchweg auf der Höhe, ja teilweise unter der Höhe der privat- und gemischt-wirtschaftlichen Werke gehalten sind.

Der Referent lehnte eine Besteuerung der Gemeindebetriebe ab und wendet sich dann den städtischen Häfen und Theatern zu, welche die Schmerzenskinder der städtischen Etats seien. 37 Städte betreiben Häfen meist in rein kommunaler Wirtschaft, während 6 gemischt-wirtschaftlich oder verpachtet sind. 16 kommunale und auch 3 gemischt-wirtschaftliche Häfen schließen mit erheblichen Unterbilanzen ab, während nur 14 kommunale und 3 gemischt-wirtschaftlich betriebene Häfen Überschüsse aufweisen.

Auf dem Gebiet des Theater- und Musikwesens sind die Verhältnisse noch schlimmer. Von den eigentlichen Theatern sind 11 Staatstheater und 13 Privatbühnen, 45 rein städtische Regietheater und 19 Bühnen, die in Gesellschaftsform, wesentlich aber von den Städten unterhalten werden. Der Gesamtzuschuß für die städtischen Theater betrug 1928 47,7 Millionen Mark oder 49,4 Proz. der Gesamteinnahme. An den städtischen Bühnen sind 16 000 Personen beschäftigt, darunter 10 000 Künstler, für die an Gagen 61,7 Millionen Mark ausgegeben werden.

Zum Schluß fordert der Referent auf, daran mitzuarbeiten, daß die Vorurteile gegen die kommunalen Betriebe beseitigt werden. Die Städte sind nun einmal ebenbürtig und vielleicht noch mehr ökonomische Organisationen wie politische Verwaltungskörper. Auf beiden Gebieten haben sie ihre Schuldigkeit getan.

An der Diskussion beteiligten sich alle Parteirichtungen. Dem Vorstand wurde folgender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt:

„Die wirtschaftliche Betätigung der deutschen Gemeinden entspringt ihrem historisch entwickelten Aufgaben- und Pflichtenkreis. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Volkswirtschaft geworden und kann deshalb die gleiche Bewegungsfreiheit wie die Privatwirtschaft beanspruchen. Ihre Art und ihr Umfang können nicht gesellschaftlichen schematischen Einschränkungen unterworfen werden, vielmehr muß die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Gemeinde ohne Einschaltung der Kommunalaufsicht sie richtunggebend bestimmen. Die Erhaltung und Fortführung der öffentlichen Unternehmungen nach rationalen wirtschaftlichen Grundsätzen liegt im unmittelbaren Interesse der Allgemeinheit. Die soziale Aufgabe der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgütern des täglichen Lebens wie Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrseinrichtungen u. a. sowie die Bereitstellung dieser wichtigen Produktionshilfsmittel für die gesamte Wirtschaft rechtfertigen es, daß die Gemeinden ebenso wie die Privatwirtschaft den notwendigen Kapitalbedarf für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen ohne einseitige Hemmungen im In- und Auslande befrichtigen. Eine Heranziehung der gemeindlichen Unternehmungen zu neuen Steuern ist abzulehnen, da sie infolge der umfassenden sozialen und finanziellen Vorbelastung eine Schlechterstellung dieser Unternehmungen bedeuten und zu einer verstärkten Belastung der breiten sozialen Schichten wie der gesamten Wirtschaft führen müßte, ohne die Einnahmen des Reichs spürbar zu erhöhen.“

Die sozialdemokratische Fraktion unterbreitet dazu folgenden Abänderungsantrag:

„Eine Heranziehung der gemeindlichen Unternehmungen zu neuen Steuern ist abzulehnen“, gestrichen und ersetzt werden sollen durch die Worte: „Eine Ausdehnung der Steuerpflicht auf die gemeindlichen Unternehmungen ist abzulehnen.“

Die Kommunisten haben eine Entschließung vorgelegt, worin der Vorwurf erhoben wird, daß die kommunalen Betriebe den Grundsatz, Einrichtungen zur billigen Massenversorgung zu sein, verlassen hätten. Die deutschnationale Gruppe will durch einen Antrag jede wirtschaftliche Betätigung über den Rahmen der monopolartigen Betriebe zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität abgelehnt und im übrigen auch diese Betriebe zu den Steuern herangezogen wissen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Die Tagung brachte klar zum Ausdruck, daß die kommunale Wirtschaft auch in Zukunft allen Angriffen des privaten Kapitals trohen wird.

J. O.

Zweiter außerordentlicher Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

269 Delegierte und 107 sonstige Vertreter unseres Verbandes fanden sich am Dienstag, dem 8. Oktober, im festlich geschmückten Saale der „Neuen Welt“ in Berlin, zum letzten Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammen, während zur gleichen Zeit im großen Saale desselben Etablissements der Verkehrsbund und in einem anderen Saale der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter ihre Tagungen abhielten.

In Vertretung des leider ernstlich erkrankten Kollegen Müntner begrüßte der zweite Verbandsvorsitzende Kollege Becker die erschienenen Delegierten und Gäste. Es gelte in diesen Tagen eine gewerkschaftliche Großtat zu vollbringen, den Zusammenschluß aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen sowie des Verkehrs. Dies Ziel habe bereits den Gründern des Verbandes vor 33 Jahren vorgeschwebt, die sich darüber klar waren, daß ein solches Ziel nur mit der Form der Betriebsorganisation erreicht werden könne. Diese Jahre hindurch wurden wir mit dieser Auffassung in den Kreisen der deutschen Gewerkschaften als Außenseiter betrachtet und auch behandelt. Jetzt hat in seinem Artikel in der „Gewerkschaft“ auch der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, anerkannt:

„Alle Bemühungen der übrigen Verbände, die in den Gemeindebetrieben Beschäftigten für ihre Berufsorganisation zu gewinnen, haben nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. In den öffentlichen Betrieben hat sich das Prinzip der Betriebsorganisation durchgesetzt.“

Auf diese Anerkennung können wir stolz sein. Unsere Aufgabe muß sein, diese Betriebsorganisation immer weiter auszubauen. Der geschlossenen Front des konzentrierten Kapitals gegenüber müssen wir in der Gegenwart und Zukunft gerüstet sein, und wir sind überzeugt, daß wir mit dem Zusammenschluß der drei festgefühten Organisationen, des Verkehrsbundes, der Gartenarbeiter und unserer Organisation, dies Ziel erreichen werden.

Eine ganze Reihe Vertreter ausländischer Bruderorganisationen nahmen an dem Verbandstag teil: von Dänemark Th. Thomsen und H. Cornkjaer (Kopenhagen), vom englischen Verband P. J. Tevenan und Wright (London), von Frankreich Michaud (Paris), vom Niederländischen Bund F. van Meurs, L. J. Bakker, F. A. Lindemanns (Amsterdam), vom Norwegischen Kommunalarbeiter-Verband G. Selthil-Gerhardsen und M. Martinsen (Oslo) und vom Schwedischen Bruderverband J. A. Dahl-Solberg und G. Storn (Stockholm).

Nach der Konstituierung des Verbandstages, zu dessen Leitung Kollege Becker und der Wirtschaftsbezirksleiter Kollege Schaum (Berlin) sowie die Kollegen Schulz (Hamburg), Biank (Breslau), Duing (Köln) als Beisitzer einstimmig gewählt wurden, übermittelte der

Präsident der Internationale Tevenan (London), dessen Rede durch den Kollegen Hartig übersetzt wurde, die Grüße und Glückwünsche der gesamten ausländischen Bruderverbände. Er betonte insbesondere: In der Konzentration der Gewerkschaftsbewegung sind uns die deutschen Gewerkschaften voraus. Wir haben in England noch 600 Verbände, die dem Kongreß — das entspricht ungefähr dem deutschen ADGB, — angeschlossen sind. Die Sektion der Gemeindearbeiter in England zählt heute etwa 100 000 Mitglieder. Wenn ich als Vertreter der Internationale zu diesem Kongreß nach Deutschland gekommen bin, so halte ich es für angebracht, in diesem Moment eines Ereignisses zu gedenken, das in den letzten Tagen die Welt aufs tiefste berührt hat, des Todes Ihres großen Staatsmannes Gustav Stresemann. Ich habe dem Kongreß der Labour-Party beigewohnt und kann mitteilen, daß, als die Nachricht vom Tode Stresemanns kam, die Kongreßteilnehmer aufs tiefste betroffen aufgestanden sind, um den großen Toten zu ehren, der für den Frieden in der Welt gearbeitet und damit auch Interessen der Arbeiter vertreten hat. — Wenn hier diese große Verschmelzungsaktion erfolgt, die Sie beabsichtigen, so ist das auch ein Schritt weiter auf dem von uns international verfolgten Ziele der Sozialisierung, der Ueberführung von Privatwerken in die öffentliche Hand. Es liegt in dieser Verschmelzung auch ein Akt der Rationalisierung, wie sie jetzt die Welt durchschreitet, aber einer Rationalisierung zum Besten der Arbeiterschaft. Um so freudiger wünschen wir der bedeutungsvollen Tagung den besten Erfolg.

Im Namen der Ortsverwaltung Berlin und der gesamten Berliner Mitgliedschaft begrüßte hierauf

Kollege Schaum die Gäste und Delegierten aufs herzlichste. Dieser Verschmelzungskongreß tagt in einer Stadt, die selbst ein Objekt einer großzügigen Zusammenlegung von 8 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken, auf dem Gebiete der Konzentrationsbestrebungen der Wirtschaft im Mittelpunkt steht. Erst vor wenig Tagen hat hier eine sehr erhebliche Konzentration durch die Fusion der beiden Großbanken stattgefunden. — Die Berliner Organisation zählt gegenwärtig 42 900 Mitglieder und in der neu zu schaffenden Großorganisation wird die Berliner Orts-

verwaltung mit 115 000 bis 120 000 Mitgliedern die größte im Rahmen der Berliner Gewerkschaften sein; die zweitgrößte, die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zählt 88 000 Mitglieder. Wir sind uns in Berlin der großen Verantwortung, die uns daraus erwächst, durchaus bewußt.

Der Verbandstag nahm beide Begrüßungsansprachen mit lebhaftem Beifall entgegen; ebenso die Mitteilung, daß der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, an der Tagung teilnimmt.

Bei der nun folgenden Beratung der Geschäftsordnung nahm Bollmann (Berlin) das Wort, um im Namen der „Opposition“ den Antrag zu stellen: „Allen Delegierten, die nicht in der Urwahl gewählt sind, wird das Mandat aberkannt.“

Vom Vorsitzenden Becker wird der Redner darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag zum Bericht der Mandatsprüfungskommission gehört, und bei diesem Bericht wird dann später der Antrag durch Gültigkeitserklärung aller Mandate für erledigt erklärt. — Dem Antragsteller wird durch Zuruf vorgehalten, daß er selbst nicht durch Urwahl gewählt sei.

Bollmann beantragte dann weiter, die Tagesordnung zu ergänzen durch ein Referat über den „Raub der Erwerbslosenunterstützung“ sowie den „Kampf um den Siebenstundentag“, respektive die 40-Stunden-Woche, und versucht bei dieser Gelegenheit eine der bekannten langen kommunalistischen Resolutionen zu verlesen, in der es gleich am Anfang heißt: „Die Führer des ADGB, und der Sozialdemokratie versuchen der Arbeiterschaft vorzutäuschen, daß sie gegen den vom Reichstag beschlossenen Abbau der Erwerbslosenversicherung angekämpft haben.“ — Entwürfte Protestrufe der Delegierten weisen diese Unwahrheit zurück und der Vorsitzende verhindert den Redner an der weiteren Verlesung der Entschliebung, die erst bei der eventuellen Beratung des entsprechenden Punktes der Tagesordnung zur Verhandlung kommen könne.

Gegen eine verschwindende Minderheit von 6 Stimmen wurde hierauf die vorgeschlagene Geschäftsordnung und Tagesordnung unverändert angenommen.

Ueber den Zusammenschluß der drei Verbände referierte dann:

Polenske: Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fragen, die wir heute und morgen zu erledigen haben, sind von so gewaltiger Bedeutung, daß wir kühl und nüchtern an sie herangehen müssen. Es handelt sich um Folgerungen aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die in der Richtung einer immer stärkeren Konzentration geht. Aus der letzten Zeit weise ich nur auf die Fusion der beiden Großbanken hin sowie auf den Zusammenschluß der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen mit der Firma Ludwig Loewe. Sogar über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus werden fortgesetzt wirtschaftliche Konzentrationen vorgenommen. Die deutschen Gewerkschaften haben erkannt, daß sie aus dieser Entwicklung die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen müssen und die Gewerkschaftskongresse der Nachkriegszeit haben dem Rechnung getragen, der Gedanke der Industrieorganisation hat immer mehr Boden in der deutschen Arbeiterschaft gefunden. Im Jahre 1922 wurde auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß in das Statut des ADGB, der Passus aufgenommen: „In der Regel gilt als Organisationsgebiet jeweils ein Industriegebiet“, und wenn als ein solches Industriegebiet zum Schluß aufgeführt ist: „Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe und Verwaltungen“, so hat damit der Gewerkschaftskongreß damals bereits die Verschmelzung vorgeahnt, die in diesen Tagen vollzogen werden soll.

Polenske rollt dann noch einmal in prägnanter, fesselnder Darstellung ein Bild der einzelnen Etappen vor dem Verbandstag auf, die die Verschmelzungsbewegung zu durchlaufen hatte. Schon auf unserm 10. Verbandstag in Frankfurt a. M. spielte die Frage des Zusammenschlusses mit einer Reihe von Arbeiter- und freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen eine Rolle. Es wurden zunächst Gegenseitigkeitsverträge und Kartellverträge mit dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, dem Deutschen Verkehrsbund und mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten abgeschlossen; auch an einen Zusammenschluß mit dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrlente und mit dem Verband der Maschinisten und Heizer wurde damals gedacht. Die erwähnten Kartellverträge wurden von dem Frankfurter Verbandstag einmütig gebilligt. Wir waren uns aber darüber klar, daß sie nur einen Sinn haben könnten als Vorarbeit für eine künftige Zusammenlegung der Verbände. Ohne diese Aussicht wären sie für uns auf die Dauer unerträglich gewesen, denn die organisatorischen Behinderungen, die sie uns auferlegten, waren sehr stark. — Auf den im gleichen Jahre stattfindenden Verbandstagen der Eisenbahner und des Verkehrsbundes wurden die gleichen Beschlüsse gefaßt wie bei uns in Frankfurt. Daraufhin sind dann die Verbandsvorstände sofort an die Realisierung der Anträge auf einen Zusammenschluß herangegangen. Man war des Glaubens, daß es verhältnismäßig leicht sein würde, die Form für den Zusammenschluß zu finden. Es zeigten sich aber sehr bald Schwierigkeiten,

zunächst bei den freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen. Im Juli 1926 fanden die ersten gemeinsamen Besprechungen von Vertretern der vier Verbandsvorstände in Berlin statt, und es wurde einstimmig beschlossen, den Zusammenschluß mit allen Kräften zu fördern und zu diesem Zweck auch den Verband der Maschinisten und Heizer in die bestehenden Kartellverträge aufzunehmen. Bei weiteren im September stattfindenden Verhandlungen tauchten die ersten Schwierigkeiten auf bei den Feuerwehrleuten und der RDK, deren Verbandstage sich auf den Standpunkt gestellt hatten, daß der Zeitpunkt für eine Verschmelzung noch nicht gekommen sei. Einer Konferenz unserer Wirtschaftsbezirksleiter und der Angestellten, die im September 1926 in Berlin tagte, lag ein Vorschlag vor, nach dem für den neu zu bildenden Verband folgende Sektionen oder Abteilungen gefordert wurden: 1. für Eisenbahner, 2. für Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen, 3. für Gemeindebetriebe und -verwaltungen, 4. für den privaten Handel und Verkehr. Die Konferenz sprach sich für die Verschmelzung aus unter der Voraussetzung der Annahme bestimmter Bedingungen. Dazu gehörte die Errichtung der Reichsabteilungen 2 und 3 in dem erwähnten Vorschlag sowie Sicherstellung des maßgebenden Einflusses unseres Verbandes in diesen beiden Abteilungen und eine den Verhältnissen entsprechende Vertretung unseres Verbandes in der Bundesleitung. Uebrigens war im April 1926 die Aufnahme des Verbandes der Maschinisten und Heizer in die Kartellverträge im Hinblick auf die starken Gegensätze, die zwischen uns und dieser Organisation im Lande bestanden, abgelehnt worden. Das war begreiflich, wenn auch vielleicht nicht allzu klug; jedenfalls hat nachher der Verband der Maschinisten und Heizer beim Metallarbeiterverband Anlehnung gesucht und gefunden.

Nach den vorausgegangenen Verhandlungen waren wir nun der Auffassung, daß auf den Verbandstagen der drei großen Organisationen, des Verkehrsbundes, der Eisenbahner und unseres Verbandes, im Jahre 1928 die Verschmelzung endgültig vollzogen werden würde. Das ist nicht geschehen. Die letzten Vorverhandlungen scheiterten im wesentlichen an der Frage, welche Position organisatorisch die Beamten in dieser neuen Organisation einnehmen sollten. Nach außen trat das Scheitern der Verhandlungen dadurch in Erscheinung, daß die drei Organisationen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ihre Verbandstage zu gleicher Zeit und am gleichen Ort stattfinden ließen. Die Eisenbahner tagten vielmehr bereits im Juni in Frankfurt a. M., worauf wir dann unseren Verbandstag im Herbst in Köln abhielten und der Verkehrsbund seinen Verbandstag in Dresden. Die Möglichkeit, zu einer einheitlichen Linie zu kommen, haben die Eisenbahner dadurch verbaut, daß ihr Verbandstag, wenn er sich auch grundsätzlich für einen Zusammenschluß erklärte, doch als Bedingung aufstellte, daß 75 Proz. der Mitglieder sich in einer Urabstimmung für die Zusammenlegung erklären müßten. Da es bekanntlich bei Urabstimmungen in den seltensten Fällen möglich ist, mehr als 50 Proz. der Mitglieder an die Urne zu bringen, war diese Forderung gleichbedeutend mit einer Ablehnung des Zusammenschlusses. Die Verbandstage unserer Organisation und des Verkehrsbundes beschlossen aber trotzdem, daß die Verhandlungen mit dem Ziele der Errichtung einer großen Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen und des Verkehrs zur gegebenen Zeit fortgesetzt werden sollten. Unser Verbandstag in Köln ermächtigte den Verbandsvorstand und Beirat, zu beschließen, in welcher Form die endgültige Entscheidung der Mitgliedschaft in dieser Frage erfolgen solle. Im November 1928 haben dann erneut zwischen den drei Vorsitzenden der Organisationen Verhandlungen stattgefunden, um zu prüfen, ob trotz des Beschlusses der Eisenbahner die Möglichkeit bestände, die drei Organisationen erneut an den Verhandlungstisch zu bekommen. Der Vorsitzende der Eisenbahner war der Auffassung, daß der Beschluß seines Verbandstages nur so zu verstehen sei, daß 75 Proz. der Abstimmen für die Verschmelzung stimmen müssen. Daraufhin wurde beschlossen, erst einmal erneut in den Verbandsbeiräten zusammenzukommen, und der Verbandsbeirat der Eisenbahner stellte sich dann auf den Standpunkt, es sei der Wille des Verbandstages gewesen, daß 75 Proz. der Gesamtmitgliedschaft für den Zusammenschluß stimmen müßten.

Hierauf haben wir allein mit dem Verkehrsbund die Verhandlungen aufgenommen, und der Verband der Eisenbahner hat das auch als durchaus zweckmäßig und richtig angesehen. Bei diesen Verhandlungen mit dem Verkehrsbund wurde vor allem die Frage geklärt, welcher Einfluß uns in der neuen Großorganisation eingeräumt werden solle, ob wir etwa nur Anhängsel sein sollten. Wir waren erfreut, beim Deutschen Verkehrsbund Verständnis dafür zu finden, daß um allen Mißdeutungen von vornherein vorzubeugen, der Gedanke der Parität bei der Besetzung des Vorstandes und der anderen Verbandskörperschaften des neuen Verbandes Geltung haben müsse. Weiter wurde unser Wunsch entsprechend festgelegt, daß in der neuen Organisation der Gedanke des sozialen Arbeitsvertrages, wie wir ihn seit Bestehen unserer Organisation vertreten haben, leitend sein solle. Auf dieser Grundlage beauftragte dann im Dezember vorigen Jahres unser Verbandsbeirat in Karlsruhe den Vorstand mit der Weiterführung der Verhandlungen. Es wurden folgende Grundsätze festgelegt, nach denen die Verhandlungen geführt werden sollten:

1. Die Verhandlungen sind nicht mehr über theoretische Möglichkeiten des Zusammenschlusses zu führen, sondern es ist sofort in die Erörterung der Bedingungen einzutreten, unter denen ein Zusammenschluß durchführbar ist.
2. Die Verhandlungen sollen beschleunigt durchgeführt werden, um den Zusammenschluß in möglichst naher Zukunft vollziehen zu können.
3. Während der Dauer der Verhandlungen ist der beiderseitige Bestehende zu wahren. Die Funktionäre haben die Pflicht, während dieser Zeit Hand in Hand zu arbeiten und sich auf allen Gebieten der organisatorischen Betätigung gegenseitig zu unterstützen.
4. Die Verhandlungen ergaben Uebereinstimmung darüber, daß die zu schaffende Einheitsorganisation auf der Grundlage einheitlicher Geschäfts- und Kassenführung aufgebaut sein muß. Die Einheitsorganisation soll sich aliebern in: Reichsabteilungen, Reichsfachgruppen, Wirtschaftsbezirke, Bezirke, Gauen, Ortsgruppenverwaltungen, Zahlstellen, örtliche Fachabteilungen.

Reichsabteilungen sind zu bilden für 1. Gemeindebetriebe und Verwaltungen, 2. für Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen, 3. für Handels-, Transport-, Kraft-, Luftverkehrs- und diverse Betriebe, 4. für Straßen-, Klein-, Hafen-, Werkbahnen usw., 5. für Post- und Telegraphie, 6. für Schifffahrt, Fischerei, Lottenwesen, Hafenbetriebe und Wasserbau. — Reichsfachgruppen sind nach Bedarf zu errichten. — Die Organisation der Wirtschaftsbezirke bzw. Gauen ist möglichst der der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzupassen. Bei dem Ausbau derselben ist auf die Oberpostdirektionsbezirke Rücksicht zu nehmen.

Verwaltungsorgane sind die Geschäftsleitung, der Vorstand, die Revisionskommission, der Verbandsausschuß, der Verbandsbeirat, der Verbandstag. Für die Zusammenlegung der leitenden Verbandskörperschaften ist der Grundsatz der Parität maßgebend.

Die Erörterungen der für den Zusammenschluß in Betracht kommenden Fragen und die Formulierung der den beiderseitigen Körperschaften zu unterbreitenden Einigungsvorschläge wurde einer sechsgliedrigen Kommission übertragen, die bis zum Mai in acht Sitzungen getagt hat. In Erwartung der sicher kommenden Verschmelzung wurde von der Einführung der Invalidenunterstützung am 1. Juli Abstand genommen.

Die Fragen des Aufbaues der neuen Organisation sind dann einmütig geregelt worden und haben, soweit wir feststellen konnten, im wesentlichen auch die Billigung der Mitgliedschaft gefunden. In Rücksicht auf besondere Bedürfnisse des Verkehrsbundes ist unsere Bezirkseinteilung an der Nordsee, im Südwesten und Süden etwas geändert worden. Schwierigkeiten ergaben sich in den angeführten der großen Bedeutung dieser Verschmelzung aber doch mehr untergeordneten Fragen der Beiträge und Unterstützungen. Es war nicht einfach, die erheblichen Verschiedenheiten, die sich im Laufe einer über 30jährigen Entwicklung im Kassenwesen der beiden Verbände herausgebildet hatten, auf eine einheitliche Linie zu bringen. Darüber waren wir uns klar, daß wir angesichts der gesunden Finanzlage unserer Organisation die Verschmelzung mit einer Beitragserhöhung für unsere Mitglieder nicht belasten dürften. Man ist über die Schwierigkeiten in der Beitragsfrage schließlich dadurch hinweggekommen, daß eine Bestimmung aus dem Statut des Verkehrsbundes in die neue Satzung aufgenommen wurde, die besagt, daß die Möglichkeit besteht, für Gemeinde- und Staatsbetriebe die Beiträge abweichend von dem im neuen Statut vorgesehenen Regelung festzusetzen. — In den Unterstützungseinrichtungen hat sich der Verkehrsbund in der Hauptsache den Forderungen der Reformkommission des ADGB angepaßt, wonach die Unterstützungen ein Vielfaches des Beitrags betragen und mit der Dauer der Mitgliedschaft sich erhöhen sollen. Diese Grundsätze haben jetzt in den meisten freien Gewerkschaften Geltung, und unser Vorstand und der Beirat haben sich dieser Notwendigkeit schließlich auch nicht entziehen können. — In der Frage des Anteils der Filialen an den Beiträgen ist eine Form gefunden, die es den Filialen auch weiterhin ermöglicht, ihr Eigenleben zu führen, und dort, wo außerordentliche Notstände eintreten, wird auch der neue Verbandsvorstand bereit sein, den Filialen helfend unter die Arme zu greifen. Es wurde zur Durchberatung des Statuts eine Statutenberatungskommission gewählt, die in dreitägiger Arbeit in Berlin ihre Aufgabe gelöst hat.

Im Laufe der Verhandlungen trat der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter an die beiden Verbandsvorstände mit dem Wunsche heran, in die neue Großorganisation aufgenommen zu werden. Der Landarbeiterverband hat verschiedentlich Versuche unternommen, sich diese Organisation anzugliedern. Aber die Kerntruppe des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter ist in Gemeindebetrieben beschäftigt, und der Verband, der mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, fürchtete außerdem, daß bei einer Verschmelzung mit dem Deutschen Landarbeiterverband seine beruflichen und sozialen Erziehungsfunktionen abgebaut werden könnten. Der Verband wird nun in der neuen großen Organisation eine Fachgruppe in der Reichs-

Abteilung Gemeindegewerkschaften bilden. Er hat zurzeit etwa 12 000 Mitglieder. Wir zählen in den Gartenbetrieben, Parks usw. ebenfalls 12 000 Mitglieder, so daß die neue Fachgruppe etwa 24 000 Mitglieder zählen wird.

Was die Reichsabteilungen selbst anlangt, so sind jetzt statt der 1926, damals in Rücksicht auf die Eisenbahner in Aussicht genommenen vier Reichsabteilungen, die in den vorher erwähnten Grundzügen vorgesehenen sechs Reichsabteilungen in das Statut aufgenommen. Davon umfaßt die Reichsabteilung für Gemeindegewerkschaften und -verwaltungen unsern bisherigen Mitgliederkreis. Als Fachgruppen dieser Abteilung sollen auch für die Zukunft bestehen bleiben: die Fachgruppe Kammereiarbeiter, die Fachgruppe Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und die Fachgruppe Gesundheitswesen, und zwar diese mit ihrem bisherigen Titel „Reichssekktion Gesundheitswesen“. Inwieweit wir in absehbarer Zeit zu weiteren Fachgruppen, ich denke z. B. an die Chauffeurearbeiter, kommen werden, muß die Zukunft lehren. — Die Zahl von sechs Reichsabteilungen erscheint reichlich groß. Post und Telegraphie könnten z. B. mit der Abteilung Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen vereinigt werden und die Gruppen Straßen-, Klein-, Hafen-, Werksbahnen mit der Abteilung Gemeindegewerkschaften. Es ist auch beabsichtigt, diesem Ziele der Vereinfachung zuzustreben, aber im gegenwärtigen Augenblick ist das aus innerorganisatorischen Gründen nicht durchführbar.

Außerhalb des Statuts ist vereinbart worden, daß die Reichsabteilung Gemeindegewerkschaften und -verwaltungen in ihren führenden Personen, also dem Leiter der Fachgruppe und seinem Stellvertreter, aus Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter entnommen werden sollen; für die Gruppe Reichs- und Staatsbetriebe, bei der eine Zusammenlegung aus beiden Organisationen in Frage kommt, soll die leitende Persönlichkeit ein Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Stellvertreter ein Mitglied des Verkehrsbundes sein. Bei der Gruppe Handels-, Transportbetriebe usw. wird die Leitung durch den Verkehrsbund besetzt, für die Gruppe Straßen-, Klein-, Hafen- und Werksbahnen wird unser Verband den Stellvertretenden Abteilungsleiter stellen; die Gruppe Post und Telegraphie, an der bisher nur der Verkehrsbund organisatorische Interessen hatte, wird von diesem besetzt werden, und in der Gruppe Schifffahrt, Fischerei, Lotsenwesen, Hafenbetriebe und Wasserbau wird von uns der leitende Sekretär für die Wasserbauangelegenheiten gestellt werden.

Erhebliche Beschwerden hat bei unsern Mitgliedern der vorgesehene Umfang des Verbandsvorstands erregt. Unser Verbandsvorstand besteht zurzeit aus 15, der des Verkehrsbundes aus einigen 20 Mitgliedern. Der neue Verbandsvorstand soll sich aus 22 besoldeten und 24 unbesoldeten Mitgliedern zusammensetzen. Grundriß soll bei der Besetzung aller Verbandskörperschaften, beim Verbandsvorstand, Ausschuß, den Revisoren, in den Bezirksleitungen und Filialen sowie beim Beirat sein, daß die Zahl der unbesoldeten Mitglieder die der besoldeten übersteigt — ein Grundriß, mit dem wir bisher durchaus gute Erfahrungen gemacht haben. Innerhalb des Verbandsvorstandes soll eine Geschäftsleitung aus 10 Personen gebildet werden, für die jede Organisation 5 Kollegen stellt, darunter jede Organisation einen ersten und zweiten Vorsitzenden. Bedeutungsvoll für die weitere Durchführung des Gedankens des sozialen Arbeitsrechts auch in der neuen Organisation ist die Tatsache, daß unser Verband den leitenden Tarifsekretär stellt. Weiter wird unsere Organisation in die Geschäftsleitung den Vermögensverwalter und den Leiter der Reichsabteilung Gemeindegewerkschaften als der größten Abteilung innerhalb der Gesamtorganisation entsenden. In dem Vorstand werden wir weiter durch einen Reichsabteilungsleiter, einen Stellvertretenden Reichsabteilungsleiter, einen Leiter der Abteilung Werbe- und Bildungswesen, einen Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung, deren Ausbau wir im Interesse der Propagierung der öffentlichen Wirtschaft für dringend wünschenswert erachten, den Redakteur und einen weiteren Sekretär vertreten sein, und zwar soll dies der Kollege Busch vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter sein, der gleichzeitig die Fachgruppe Park- und Gartenarbeiter übernehmen wird. Die Vorschläge für den unbesoldeten Vorstand hat die Filiale Berlin zu machen. Jede Organisation stellt 12 Mitglieder für den unbesoldeten Vorstand, unter denen sich je ein weibliches Mitglied befinden muß. Das ist für uns eine Neuerung, denn wir hatten bedauerlicherweise bisher in unserer leitenden Körperschaft eine Vertretung unserer Frauen nicht. Für die Revisionskommission stellt jede Organisation drei Mitglieder, den Obmann stellt der Verkehrsbund. Da die Ausschüsse der beiden Verbände bisher an verschiedenen Orten in Stuttgart und Magdeburg ihren Sitz hatten und beide aus alten um die Organisation sehr verdienten Kollegen bestanden, ist ein Ausweg dahin gefunden worden, daß man den Ausschuß des neuen Verbandes nach Hamburg verlegt, das die zweitgrößte Filiale der neuen Organisation mit etwa 70 000 Mitgliedern sein wird. Jede Organisation stellt für den Ausschuß 3 Mitglieder, wir stellen den Obmann. — Der Beirat setzt sich zusammen aus 46 Mitgliedern des Verbandsvorstandes, 2 Mitgliedern der Revisionskommission, 2 Mitgliedern des Ausschusses, 38 besoldeten Bezirksleitern — 2 von jedem Bezirk — 8 stimmberechtigten Leitern der Reichsfachgruppen

und 42 von den Bezirken, bzw. Verwaltungen zu wählenden Vertretern. Das sind im ganzen 138. Diese Zahl erscheint auch reichlich hoch. Aber sie ist erklärlich, wenn wir bedenken, daß die Organisation 700 000 Mitglieder haben wird und vor allem, daß in der Stunde der Zusammenlegung gewisse Rücksichten ebenso wie beim Beitrags- und Unterstützungsweisen genommen werden müssen auf Eigenheiten, die bisher bestanden haben und die wir nicht zu nehmen brauchten, wenn wir aus uns heraus irgendeine Einrichtung schaffen wollten.

Die Gesichtspunkte, nach denen die neue Organisation bereit ist zu arbeiten, sind in den Ihnen bekannten Programmen enthalten, die als ein Fanal hinausleuchten sollen, um die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs für die neue Organisation zu gewinnen. Was die Verschmelzung zu der Großorganisation notwendig macht, sind nicht innerorganisatorische Gründe. Es handelt sich vor allem um die gemeinsame Interessenvertretung dem gemeinsamen Arbeitgeber gegenüber. Gerade deshalb bedauern wir es außerordentlich, daß es nicht möglich gewesen ist, den Eisenbahnerverband in die Einheitsfront hineinzubringen und sprechen den Wunsch aus, die Eisenbahner doch recht bald bei uns zu sehen. — Eine wesentliche Förderung durch den Zusammenschluß wird der Gedanke der Betriebsorganisation finden, der eine Voraussetzung war für die gewerkschaftlichen Erfolge unserer Organisation. Wir werden in Zukunft die Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe sein. Dadurch wird ein erheblicher Teil der bisherigen Grenzstreitigkeiten wegfallen, wir erreichen eine große Einheitsfront unsern Gegnern gegenüber und haben bessere Agitationsmöglichkeiten auch in allen den öffentlichen Betrieben, in denen heute noch das Organisationsverhältnis mäßig ist. Der Zusammenschluß wird uns auch neue Kraft geben, im ADGB die Form der Betriebsorganisation noch wirksamer zu vertreten, ebenso wie unsere Auffassungen über Tarifrecht und soziales Arbeitsrecht. Wir erwarten von dem Zusammenschluß eine bessere Vertretung im Bundesvorstand und Bundesauschluß. In unseren Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Arbeitsrechts sehen wir eine Vorarbeit, eine Pionierarbeit für alle übrigen Arbeitnehmer Deutschlands. (Zustimmung.) Wir erwarten ferner von dem Zusammenschluß auch eine bessere politische Vertretung des Verbandes in den Parlamenten des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie in den Ministerien des Reichs, der Länder und in den Kommunalverwaltungen, um auch hier mehr Einfluß zu bekommen zur Vertretung unserer wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen bei der Gestaltung von Gesetzen und ihrer Durchführung. Einen Erfolg in der Richtung haben wir neuerdings dadurch zu verzeichnen, daß der Kollege Weck in das Verkehrsministerium berufen worden ist, um dort als selbständiger Referent soziale Fragen zu behandeln.

Für den Zusammenschluß spricht auch die Notwendigkeit, die Angriffe, die gegenwärtig auf die öffentliche Wirtschaft geführt werden, mit verstärkten Kräften abzuwehren. Wir müssen den Einfluß der Großorganisation dazu benutzen, die öffentliche Wirtschaft zu fördern, die die Grundlage unserer Organisation und die Grundlage für unsere sozialen Verträge ist. Wenn wir die Verschmelzung von diesen Gesichtspunkten aus betrachten, wird sich kein Delegierter dagegen wenden können. Die Verschmelzung ist notwendig, um das, was wir geschaffen haben, zu sichern, sie ist notwendig, um Vorarbeit zu leisten für weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und für weitere soziale Einrichtungen, die wir im Interesse der Gesamtarbeiterkraft Deutschlands durchführen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Die Redezeit für die Diskussion über die Verschmelzungsfrage wird auf eine Viertelstunde festgesetzt. Es nimmt aber nur als einziger Redner in der Diskussion das Wort.

Moellers (Berlin), der als Vertreter der kommunistischen Opposition spricht, aber zur Verschmelzungsfrage nichts sagt, sondern sich über die Verhältnisse in Sowjetrußland verbreitet, und dann durch eine lange Vorlesung aus der Inauguraladresse von Karl Marx darzulegen versucht, daß die deutschen Gewerkschaften seit langem nicht mehr den Weg gegangen seien, den ihnen Marx vorgezeichnet habe. Weiter behauptet der Redner, daß die Gewerkschaften heute einen solchen Einfluß auf die Sozialdemokratische Partei gewonnen hätten, wie das schon in den neunziger Jahren Ignaz Auer befürchtet habe, und vertritt schließlich, unter Berufung auf Ausführungen von Engels, die Auffassung, daß die Arbeiter den heutigen Staat genau so bekämpfen müßten, wie die Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit den Staat bekämpft habe. Nachdem so die Viertelstunde seiner Redezeit vorüber ist, erwidert er auf einen Zuruf, er solle zur Verschmelzung sprechen, daß es natürlich unmöglich sei, in einer Viertelstunde über die Verschmelzungsfrage das Erforderliche zu sagen. Wir als Opposition, schließt der Redner, lehnen diese Verschmelzung ab, die nichts anderes will als eine Verbrüderung schaffen zwischen dem Klassenstaat, der Bourgeoisie und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. (Pfeif-Rufe.)

In einem kurzen Schlußwort weist

Polesske die Berechtigung der Kommunisten, sich auf Karl Marx zu berufen, zurück. Wenn Karl Marx gesagt habe, die Macht der Arbeiter werde durch die Uneinigkeit der Arbeiter-

schaft gebrochen, so sei festzustellen, daß diese Uneinigkeit durch die Opposition der Kommunisten in die Reihen der Arbeiterschaft getragen werde. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen ist alles das, was die Gewerkschaften tagaus, tagein tun, jeder Pfennig Lohn-erhöhung, jede Minute Arbeitszeitverkürzung, jede soziale Er-rungenschaft Arbeit im Sinne von Karl Marx, Dorarbeit für den sozialen Zukunftsstaat, den Staat der Arbeiter. Wir als Gewerkschaften fühlen uns als die Träger des Gedankens des Sozialismus, weil wir nicht nur den Wunsch, sondern auch die Kraft in uns fühlen, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. (Erneute lebhafteste Zustimmung.)

Die Zusammenlegung der drei Verbände wird hierauf gegen 7 Stimmen beschlossen. Dies nahezu einmütige Ergebnis der Abstimmung wird mit stürmischen Bravorufen aufgenommen.

In der nun folgenden Beratung der neuen Verbandsatzung empfiehlt

Paul Schulz als Berichterstatter der Statutenberatungskommission die von dieser beschlossenen Abänderungen des Satzungsentwurfs für den Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Wagenverkehrs. Er legt dar, daß es sich dabei um eine große Arbeit handele, die geleistet werden mußte, um einen Ausgleich zwischen den einzelnen Verbandsstatuten zu finden. Es ist ein Kompromiß mit allen Schönheiten und allen Fehlern, wie ihn jeder Kompromiß haben muß. Wir haben versucht, das Zweckmäßigste im Interesse des Gesamtverbandes aus den bisherigen Statuten herauszunehmen und eine goldene Mittellinie zwischen den verschiedenen Wünschen zu finden. Entscheidend für unsere Gewerkschaftsarbeit wird das Programm sein, das allen Mitgliedern der neuen Organisation in die Hände gegeben werden soll. Aus den Darlegungen des Berichterstatters über die Einzelheiten des Statuts ist folgendes hervorzuheben: Aus dem Titel des Verbandes sind im Interesse der Kürze die Worte „und Verwaltungen“ herausgelassen, zumal in dem neuen Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes klargestellt ist, daß der Begriff der öffentlichen Betriebe auch die öffentlichen Verwaltungen umfaßt. So können wir die Rationalisierung auch schon im Namen durchführen. Sachlich wird im übrigen im § 1 des Statuts festgelegt, daß das Organisationsgebiet des Verbandes auch das gesamte Personal der öffentlichen Verwaltungen umfaßt. — Im § 6 des gedruckten Satzungsentwurfs ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß heißen: „Rechte und Pflichten eines Mitgliedes ruhen während der Zeit der Inhaftierung, soweit diese nicht infolge gewerkschaftlicher Betätigung erfolgt war.“ — Bei einem Vergleich unserer Beiträge mit den Beiträgen des Gesamtverbandes müssen die Beiträge für die Invalidentät unterstützung ausgeschaltet werden. Es dürfen nur die reinen Grundbeiträge und die Ortszuschläge in Vergleich gestellt werden. Ausschlaggebend für die Forderung des Spitzens war der Ruf nach Rationalisierung der Verwaltungsarbeit. Wir haben bisher einige hundert verschiedene Markenorten gehabt; in Zukunft brauchen die Kassierer und Vertrauensleute nur noch mit 18 Sorten zu rechnen. Soweit notwendig, können übrigens für die Zeit des Uebergangs noch alte Marken in der alten Höhe in einzelnen Filialen zur Ausgabe gelangen. Außerdem kommt die vom Kollegen Polenske bereits erwähnte Bestimmung des Absatzes 6 des § 8 in Betracht, daß für Beamte und Mitglieder, die in öffentlichen Betrieben beschäftigt sind, durch Beschluß des Verbandsvorstandes andere als die satzungsgemäß zu erhebenden Beiträge festgesetzt werden können. — Eine Änderung hat Abs. 10 des § 8 erfahren insofern, als 25 Proz. der Grundbeiträge und die festen Ortsbeiträge nur den Filialen mit Angestellten verbleiben sollen; den übrigen nur 15 Proz. neben den Ortszuschlägen. — Die Beiträge für den Wirtschafts- und Bildungsfonds werden bei 700 000 Mitgliedern rund 700 000 bis 800 000 Mk. ergeben. Bei diesen für die Bildungsarbeit angelegten Geldern handelt es sich auch um Kampfmittel im wahren Sinne des Wortes. — Zurückzuweisen ist die von bestimmter Seite verbreitete Auffassung, als ob das neue Statut eine Herabsetzung der Unterstützungen für unsere Mitglieder bedeutet. Das trifft keineswegs zu, wenn man die Unterstützungsätze in ihrer Gesamtheit auch nach längerer Mitgliedschaft betrachtet, wo sie höher sind als jetzt in unserem Verband. So werden nach sechs Jahren bei uns jetzt 54 Mk. gezahlt, im neuen Verband 67 Mk. Die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung, soll in der neuen Organisation die gleiche Höhe haben, während bei uns die Krankenunterstützung nur zwei Drittel der Höhe der Arbeitslosenunterstützung betrug. Die Reisunterstützung, die natürlich nur an arbeitslose Mitglieder gezahlt werden kann — in dieser Beziehung ist der gedruckte Satzungsentwurf zu ergänzen —, wird von 30 auf 45 Mk. erhöht. Zurück-

zuweisen ist ferner die Behauptung der Kommunisten, daß die Streikunterstützung eine Verschlechterung um 40 Proz. erfahre. Für die Mitglieder des Verkehrsbundes wird sie um 20 Proz. verbessert, und für unsere Mitglieder ist lediglich insofern eine Senkung eingetreten, als nach fünfjähriger Mitgliedschaft nicht das 25fache, sondern das 24fache gezahlt wird. Daß das nicht eine 40prozentige Verminderung ist, dürfte auch in einer Dorfschule der Kommunisten zu berechnen möglich sein. — Der Verbandsvorstand ist für 700 000 Mitglieder vielleicht etwas zu umfangreich. Aber wenn wir uns alle Mühe geben, schaffen wir hoffentlich in drei Jahren einen Rahmen, für den dann dieser Verbandsvorstand nicht mehr zu groß ist, und wenn wir dann noch eine Geschäftsvereinfachung durchführen, wird allen Wünschen in dieser Richtung Rechnung getragen sein. Als Verbandsorgan soll für alle Gruppen die „Gewerkschaft“ gelten. Daneben bleiben die rein fachtechnischen Organe bestehen.

Der Redner schließt mit der Bitte, das neue Statut als Hilfsmittel zur Durchführung der programmatischen Forderungen einstimmig anzunehmen.

An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Causchke (Königsberg), Müller (Dresden), Simsch (Berlin), Hoffmann (Düsseldorf), Qualek (Hamburg), Schmidt (Danzig), Ziegenbein (Detmold), die einzelne Bemängelungen des Statuts und verschiedene Wünsche auf Abänderung vorbringen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird zunächst das Programm des Gesamtverbandes einstimmig angenommen. Das Beamtenprogramm wird zur Kenntnis genommen, es soll noch dem Beamtensekretariat vorgelegt werden. Auf Vorschlag des Bureaus werden dann alle zum Statut im Laufe der Debatte mündlich oder schriftlich gestellten Anträge dem Verbandsvorstand als Material überwiesen. Das Statut selbst wird mit den von der Kommission empfohlenen Änderungen gegen eine geringe Minderheit angenommen.

Unter dem letzten Punkt der Tagesordnung werden die für den gemeinsamen Verbandstag zu machenden Vorschläge für die Wahl der Verbandskörperschaften des neuen Verbandes nach den Vorschlägen des Vorstandes gutgeheißen. Gegenvorschläge der Opposition erledigen sich dadurch. Die Ergebnisse der Wahlen werden bei dem Bericht über den gemeinsamen Verbandstag (Sp. 1133/34) wiedergegeben.

Anßerhalb der Tagesordnung wird hierauf eine Beschwerde Rüser (Köln) gegen seinen Ausschluß, nach Darlegungen des Sachverhalts durch den Kollegen Becker, zurückgewiesen.

Gemäß einem Vorschlag Beckers, den der Verbandstag mit lebhaftem Bravo aufnimmt, wird beschlossen, dem Verbandsvorstand den Kollegen Müntner auf ein von ihm an den Verbandstag gerichtetes Begrüßungsschreiben, das zu Beginn der Sitzung verlesen wurde, folgendes Antwortschreiben zu übermitteln:

Lieber Kollege Münner! Der Zweite außerordentliche Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter bedauert aufrichtig, daß es Dir infolge Erkrankung nicht möglich ist, an dem für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hochbedeutenden Tagungen teilzunehmen. Alle Teilnehmer einschließlich der Gäste und Vertreter der internationalen Bruderorganisationen wünschen Dir recht bald völlige Genesung, damit es Dir vergönnt sein möge, noch recht lange im Gesamtverband und in unserer Internationale mit schaffen zu können. In diesem Sinne herzlich Grüße des Verbandstages.

In seinem Schlußwort stellt der Vorsitzende Becker mit Genugtuung fest, daß es gelungen sei, in seltener Einmütigkeit das große Werk zu vollbringen. Mit dem Beschluß allerdings ist die Arbeit noch nicht erledigt, sie wird jetzt erst beginnen, denn am 1. Januar sollen die Geschäftsführungen zusammengelegt werden. Ich weiß, daß das den Ortsverwaltungen zum Teil große Kopfschmerzen verursacht. Deshalb wollen wir gleich nach dem Verbandstag im neu gewählten Vorstand zusammenkommen und wollen eine Kommission einsetzen, die mit uns zusammen alle notwendigen Formulare in bezug auf den Beitritt, des Unterstützungswezens, die Abrechnungen usw. gründlich berät. Dann werden wir auch gleich nach dem Verbandstag die Bezirkseinteilung vornehmen, wie sie vorläufig für die Uebergangszeit gedacht ist. Das wird natürlich nicht vom grünen Tisch aus gesehen, sondern die Verhandlungen werden innerhalb der Bezirke mit den betreffenden Kollegen zusammen geführt werden. Bei der Vorarbeit für die Zusammenlegung in den Filialen werden die Bezirksleiter diesen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wenn wir alle mit gutem Willen an diese Arbeit herangehen, werden die Schwierigkeiten überwunden werden können. Ich bitte euch alle, mit frisch-fröhlichem Mut diese Arbeit aufzunehmen, damit wir in kurzer Zeit feststellen können, daß wir auf dem richtigen Wege sind, um die Interessen der uns anvertrauten Mitglieder zu wahren.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freie Arbeiterbewegung Deutschlands und der ganzen Welt wird der Verbandstag geschlossen.

Gemeinsame Tagung des Deutschen Verkehrsbundes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtneriarbeiter

Am Mittwoch, dem 9. Oktober, fanden sich die Delegierten aller drei Verbände der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs im Riesenaal der „Neuen Welt“ zusammen, um in einer imposanten Kundgebung endgültig den Zusammenschluß zu vollziehen. Alle ausländischen Gäste der vorhergehenden Tagungen nahmen auch an dieser Gesamttagung teil. Von der Reichsregierung sind als Vertreter entsandt: Ministerialrat Dr. Schilling vom Reichsfinanzministerium und Ministerialrat Leube vom Reichsverkehrsministerium. Der Magistrat der Stadt Berlin ist durch Stadtrat Czerninski vertreten. Außerdem sind als Gäste erschienen: Leipart vom ADGB, Falkenberg und Kunze vom ADB, Genosse Stelling vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Genossen Künstler, Sabath, Pagels, Waldheim und Mathilde Wurm vom Bezirksverband Berlin der SPD. Scheffel, Jahn und Kramer vertreten den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Großmus, Stephan, Krause und Weitkamp den Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Theek, Frohn, Gilmeister die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten. Der Bezirksausschuß Berlin des ADB und das Ortskartell des AFA-Bundes-Berlin sind ebenfalls vertreten.

Die Tagung wird festlich eingeleitet durch das Vorspiel zu Wagners Meisterliedern, vorgelesen durch das Berliner Symphonie-Orchester.

Im Auftrage der Vorstände der drei Verbände begrüßt alsdann Kollege Becker die Delegierten und Gäste aufs herzlichste. Als Verhandlungsleiter werden einstimmig Schumann, Becker und Busch gewählt.

Die nun folgende lange Reihe von Begrüßungsansprachen, die alle mit großem Beifall aufgenommen werden, ist ebenfalls ein charakteristisches Zeichen für das Bedeutungsvolle dieser Tagung.

Leipart überbringt der Tagung die herzlichsten Glückwünsche der vertretenden Spitzenorganisationen zu der Geburt des neuen Großverbandes. Als ich gestern die drei getrennten Tagungen besuchte, kam mir auf der Tagung der Gärtner, Ihres kleinsten Bruders, besonders lebhaft die Erinnerung an die erste Verschmelzung von Zentralverbänden, an der ich persönlich beteiligt war, und die vor 36 Jahren im April 1893 stattfand, als der Drechslerverband, dessen Vorsitzender und Redakteur ich war, sich mit den Bürstenmachern, Stellmachern und Tischlern auf dem Holzarbeiterkongress in Kassel zu dem Industrieverband der Holzarbeiter vereinigte. Ich war damals nicht ganz mit dem Herzen dabei, ich hatte Sorge für meine kleine Gruppe der Drechslerkollegen und habe deshalb die Besorgnisse, die gestern bei den Gärtnern zum Teil geäußert wurden, tief mitempfinden können. Aber so wie meine Drechslerkollegen damals sehr bald erkannt haben, daß auch die kleinen Branchen in einem größeren Bruderverband vorwärts und besser vorwärts kommen können als vorher als kleiner Verband, so berechtigt um so mehr der Zusammenschluß dieser drei gut fundierten Verbände mit ihren reichen Erfahrungen auf allen den heute so viel weiter verzweigten Gebieten der Gewerkschaftsbewegung zu den größten Hoffnungen für das weitere Wachsen der neuen Organisation und auf große und schöne Erfolge für alle ihre Mitglieder. Der Bundesvorstand hat natürlich die größte Freude an dieser Entwicklung, denn je größer und stärker die Glieder sind, aus denen der Bund besteht, desto stärker und machtvoller wird der Bund selbst. Allerdings darf auch die Konzentration nicht überspannt werden. Wir können in der Gewerkschaftsbewegung nicht etwa einen allgemeinen Arbeiterverband brauchen, sondern es muß die Organisation gestützt auf die Berufsangehörigkeit und die Betriebs- und Industriezugehörigkeit aufrechterhalten werden, und im Industrieverband muß den Berufsgruppen Bewegungsfreiheit gegeben sein, wie das bei Ihnen durch die Reichsfachgruppen vorgesehen ist.

Ich möchte mit einer Mahnung an die Anwesenden und an die Hunderttausende von Mitgliedern des neuen großen Verbandes schließen. Sie mögen nicht glauben, daß sie nun die Dinge laufen lassen könnten, weil die große mächtige Organisation da ist. Auch dieser große Verband wird angewiesen sein darauf, daß auch das letzte Mitglied mit Interesse, mit Liebe und Eifer an dem gesamten Verbandsleben teilnimmt. Das ist in einem großen Verbandsleben vielleicht noch wichtiger als in kleinen, denn mit der Größe des Verbandes wächst auch seine Verantwortung, wachsen seine Pflichten. Glückauf zum Leben und Wirken im neuen Verband!

Stelling: Als langjähriger Mitarbeiter in den Reihen des Transportarbeiter-Verbandes begrüße ich um so freudiger im Auftrage des Sozialdemokratischen Parteivorstandes diesen Verschmelzungsverbandstag. Partei und Gewerkschaften sind aufs engste miteinander verbunden in ihrem inneren Wesen und Schaffen. Haben sich doch beide zum Ziel gesetzt die Hebung der sozialen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft. Ich bin überzeugt, daß auch die neue Einheitsorganisation in treuer Kameradschaftlichkeit mit der Sozialdemokratischen Partei an unseren gemeinsamen großen Aufgaben wirken wird. In diesem Sinne vorwärts! Voran!

Nathans (Amsterdam) überbringt in Vertretung von

Fimmen die Glückwünsche der Internationalen Transportarbeiter-Föderation im Namen der ihr angehörenden 2 1/2 Millionen Transport- und Verkehrsbediensteten aller fünf Weltteile.

Levanan (England) [von Hartig überseht] spricht für die Internationale Vereinigung der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und hebt als eine besonders wichtige Aufgabe der Arbeiterschaft der ganzen Welt hervor, den Gedanken des Krieges aus der Welt zu schaffen. In diesem Sinne ist die Konzentration der Kräfte der Arbeiterschaft, wie sie dieser Zusammenschluß bedeutet, vorbildlich für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Ministerialrat Dr. Schilling führt aus: Vor mehr als zehn Jahren, unmittelbar nach der Neugestaltung der staatlichen Ordnung, ist die Reichsverwaltung in vertragliche Bindungen und Abmachungen mit den Verbänden getreten, die sich nun zusammenschließen. So begrüßt die Reichsregierung nicht nur aus kühlen politischen Ermägungen, sondern aus dem wärmeren Gefühl der vertraglichen Gebundenheit den neuen Verband. Nur Kurzfristige können von einer Zersplitterung der Vertragsgegner Vorteil erlangen. Wir verhandeln viel lieber mit Leuten, hinter denen Tausende von Arbeitnehmern stehen, denn je größer der Verband, desto größer ist die Verantwortlichkeit und das Verantwortungsgefühl. Kommt dann noch der Verstärkungswille hinzu, den wir auf unserer Seite stets haben, so kommt etwas Haltbares zustande. Im Namen insbesondere der an den Verhandlungen beteiligten Ressorts überbringe ich Ihnen herzlichste Glückwünsche zu diesem Zusammenschluß.

Scheffel: Ich habe den ehrenvollen Auftrag auszuführen, Ihnen brüderliche Grüße und Glückwünsche der Eisenbahner zu dieser Tagung von historischer Bedeutung zu übermitteln. Ein ganz besonderes Wort der Anerkennung möchte ich bei dieser Gelegenheit dem Vater des Zusammenschlußdankens widmen, unserem alten Freund und Strategen Oswald Schumann. Das große Ziel, das ihm vorstrebte, der Traum seines Lebens, ist nun zu drei Vierteln in Erfüllung gegangen. Wenn nicht alles bis zum letzten erfüllt ist, so muß sich unser alter Freund Schumann wie alle anderen Freunde mit dem Dichtermotiv trösten: „Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zuteil.“ (Heiterkeit.) Ich wünsche mit allen meinen Kollegen, daß sich an dem bisherigen guten Einvernehmen zwischen Ihnen und uns nichts verschlechtern möge, sondern daß sich das Verhältnis im Laufe der Jahre immer mehr bessert. Das kann für uns alle nur Vorteil haben. Ich meine damit, daß vorhanden sein muß: Achtung und Wahrung des Besitzstandes, gegenseitige Respektierung verbriefter Rechte. Das sind die Voraussetzungen für eine gesunde und ungehörte Weiterentwicklung. Die kommende Zeit wird Lehrmeisterin sein für Ihre und auch für unsere Mitglieber. Sie wird zeigen, ob und in welchem Maße die auf den Zusammenschluß gesetzten Hoffnungen und Erwartungen praktisch erfüllbar sind, und das wird auch den Eisenbahnern den für die Zukunft einschlagenden Weg mit aller Deutlichkeit zeigen. Annehmbare Erfolge auf den vielseitigen Gebieten der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Anerkennung dieser Tätigkeit durch die Mitglieder wird auch den Anschlußgedanken bei uns Eisenbahnern fördern und völliger Reife entgegenführen. Möge diese denkwürdige Tagung unter einem günstigen Stern stehen, das ist unser aufrichtiger und freundschaftlicher Wunsch.

Großmus gibt unter stürmischem Beifall im Auftrage des Vorstandes und Ausschusses des Verbandes der Berufsfeuerwehrleute die Erklärung ab, daß diese Körperschaften des Verbandes am 8. Oktober einmütig beschlossen haben, die Vereinigung mit dem Gesamtverband herbeizuführen und die Vorarbeiten sofort zu beginnen, so daß der Zusammenschluß am 1. Januar 1930 erfolgen kann. Einem außerordentlichen Verbandstag am 13. und 14. Dezember wollen beide Körperschaften empfehlen, den Zusammenschluß zu vollziehen.

Endlich versichert Theek im Namen der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten der neuen Organisation Bundesfreundschaft und Kampfgenossenschaft.

Mit lebhaftem Bravo aufgenommen werden Begrüßungsgramme vom Vorstand des AFA-Bundes und vom Polizeipräsidenten Steinberg (Frankfurt a. M.), als Mitglied des Verbandes.

Ueber den Zusammenschluß der drei Verbände berichtet nun: Polenske: Meine Aufgabe ist es, in der heutigen Stunde noch einmal die Lebensarbeit der drei Organisationen zu überschauen und die großen Gesichtspunkte zu behandeln, von denen aus der Zusammenschluß eine zwingende Notwendigkeit wurde, sowie die programmatischen Grundzüge darzulegen, nach denen der Gesamtverband in Zukunft seine Arbeiten im Rahmen der freien Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu erledigen gedenkt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Deutsche Verkehrsbund sind Organisationen, deren Hauptarbeit die Organisierung ungelerner Arbeiter war. Zur Zeit der Gründung der drei Organisationen, des Verbandes der Gärtner und Gärtneriarbeiter um das Jahr 1889, des heutigen Deutschen Verkehrsbundes und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter um die

Jahreswende 1896/97 gehörten die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitnehmer mit zu den rückständigsten Deutschlands. Die Lebenshaltung dieser Gruppen stand unter der Durchschnittslebenshaltung der übrigen Arbeiterschaft. Die Lohnverhältnisse der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, der Gemeindegewerksarbeiter, der Reichs- und Staatsarbeiter und des großen Heeres der Handels-, Transport- und Verkehrsgewerksarbeiter gehörten zu den erbärmlichsten in Deutschland. Hilfslos standen die Hunderttausende von Arbeitnehmern den Ausbeutungsgelüsten der staatlichen, kommunalen wie privaten Unternehmer gegenüber. Von einer geregelten Arbeitszeit war keine Rede. In den Gemeindebetrieben war die normale Arbeitszeit 10—12 Stunden, im Gesundheitswesen 16—18 Stunden, bei Nachtarbeiten sogar bis 24 Stunden. In den Schichtbetrieben der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Kanalisation usw. war die 24stündige Wechschicht die übliche. Ebenso schlimm, ja fast noch trauriger sah es im Handel, Transport- und Verkehrsgewerbe aus. Es sind kaum drei Jahrzehnte her, daß wir in Berlin und in großen Teilen Deutschlands noch den 10-Uhr-Ladenschluß und keine Sonntagsruhe hatten. Das bedeutete, daß die zahlreichen Arbeitnehmer im Handelsgewerbe vom frühen Morgen 6 Uhr bis abends 10 und 11 Uhr an die Arbeitsstellen gefesselt waren. In den übrigen Geschäften sahen die Dinge nicht besser aus, ja vielfach noch wesentlich schlechter, weil in den Saisonzeiten die Arbeitszeiten bis nach Mitternacht sich ausdehnten. Der Verkehrsarbeiter, im besonderen der Kutscher, ging morgens 4 Uhr zur Pferdspflege in den Stall. Erst in später Nachtstunde konnte er vom Wagen steigen, um dann noch die Beforgung des Gespanns zu übernehmen. Nach einer Statistik des Verbandes der Hafnarbeiter aus dem Jahre 1897/98 arbeiteten 61 Proz. bis 15½ Stunden, 31 Proz. 16—18 Stunden täglich. Die Entlohnung dieser Gruppen war besonders niedrig, weil man Trinkgelde in vielen Betrieben des Handels und Verkehrs zu einem erheblichen Teile als Lohn betrachtete. In den Gartenbetrieben mußte von Sonnenaufgang bis nach Sonnenuntergang bei erbärmlichen Löhnen geschuftet werden.

Der Kost- und Logiszwang insbesondere machte die Betriebe des Gesundheitswesens zum Suchthaus. Ohne Genehmigung der vorgesetzten Stellen durfte kein Arbeitnehmer die Anstalten verlassen. Die Logisverhältnisse hier wie im Gärtnereiberufe und auch in den Transport- und Verkehrsunternehmungen waren geradezu fürchterliche. In Kellern, Dachkammern, Vorratskammern und Ställen haften die Proletarier dieser Berufe. Der Logiszwang hatte weiter zur Folge, daß die harten Stunden der Ruhe nach Belieben der Vorgesetzten und Arbeitgeber unterbrochen und gestört werden konnten. Die Folgen dieser Zustände waren, daß die in diesem Berufe Beschäftigten nicht allein in bezug auf ihre materielle Lage, sondern auch auf ihre geistige Entwicklung zu den zurückgebliebensten Gruppen deutscher Arbeitnehmer zählten. Hier setzten die jungen Organisationen ein.

Wir haben in der neuen Organisation auch die Gruppe der Hausgehilfen und Gehilfen. Dieses Personal, wie auch der größte Teil des Personals des Gesundheitswesens und im Verkehrswesen stand bis zur Staatsumwälzung noch unter der Gefindeordnung. Ja, noch im Jahre 1893 wurden bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Berlin die Handelshilfsarbeiter und Kutscher zurückgewiesen, da sie zum Gefinde zählten!

Der Versuch, den Gedanken gewerkschaftlicher Solidarität bei diesen Arbeitnehmern zur Anerkennung zu bringen, erschien fast aussichtslos. Schwerer noch als die materiellen Ketten, unter denen die Arbeitnehmer dieser Berufe und Betriebe schmachteten, wogen die geistigen Ketten. Waren es doch zum Teil die geistig rückständigsten unserer Volksgenossen, die unter diesen Umständen in diesen Betrieben Arbeit suchten und fanden.

Noch 1906 meinte Legien, „daß es eher möglich sein würde, zur sozialistischen Produktion zu kommen, als alle in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zuzuführen.“ Heute aber hat unser Verband 80 bis 100 Proz. der Belegschaften organisatorisch erfasst und auch der Verkehrsbund hat einen glänzenden organisatorischen Aufstieg genommen. An der Jahrhundertwende mußten die drei Verbände kaum 15 000 Mitglieder, heute an die 700 000.

Mit Bewunderung und Dankbarkeit gedenken wir heute jener Pioniere, die unerlöschenen Mutes das Samenkorn des Organisationsgedankens unter den Arbeitern dieser Berufsgruppen austreuten. Erfolglosigkeit, Gleichgültigkeit der Mitarbeiter, Schikanen der Vorgesetzten und Arbeitgeber erforderten damals ein Maß an Opfermut, einen Glauben an die Zukunft von jedem in der Bewegung tätigen Kollegen, von dem sich die jüngeren Kollegen kaum einen Begriff machen können. (Sehr wahr!) Allen denen, die heute den Wert der gewerkschaftlichen Organisation nur an ihren materiellen Erfolgen messen, seien jene Pioniere als leuchtende Vorbilder selbstloser Hingabe an ein großes Ziel gezeigt.

Wir halten die Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen heute die Mitglieder der drei Verbände arbeiten, für noch unbefriedigend und dringend verbesserungsbedürftig. Aber doch können wir mit stolzer Befriedigung feststellen: Wir haben nicht umsonst gestritten, wir haben Gewaltiges erreicht. Vor 40 Jahren unbeschränkte Arbeitszeit 12—16—24 Stunden, heute achtstündige Arbeitszeit; damals schwache Anfänge der sozialen Gesetzgebung, heute, wenn auch noch mangelhaft, Krankenversicherung, Unfallversicherung,

Invaliden-, Alters- und Angestelltenversicherung, Arbeitslosenversicherung; damals vollständige wirtschaftliche Rechtlosigkeit, heute Arbeitsgerichtsbarkeit, Mitwirkung der Belegschaften durch Betriebsräte; damals alleiniges Bestimmungsrecht der Arbeitgeber über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, heute Tarifrecht; damals keinen Urlaub, keinen Krankengeldzuschuß, keine Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter, heute tarifliche Anerkennung dieser sozialen Forderungen durch Reich und Kommunen und zu einem großen Teile auch in der privaten Wirtschaft. Politisch damals ein eingeschränktes Wahlrecht für den Reichstag, unter Ausschaltung der Frauen, ein Klassenwahlrecht für die Landtage, für die kommunalen Verwaltungen, heute das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für Reich, Länder und Kommunen für Männer und Frauen. Wenn die Arbeitnehmer heute von diesem Rechte nicht den von uns gewünschten und in ihrem Interesse liegenden Gebrauch machen, so ist das zurückzuführen auf die noch immer nachschleifenden geistigen Ketten einer dunklen Vergangenheit.

Der Aufstieg zu freier und selbstbewusster Menschenwürde ist der Arbeiterschaft heute freigegeben, wenn sie es versteht, den rechten Gebrauch von den ihr zustehenden Rechten zu machen. Ja, trotz aller Angriffe von rechts und links, sind wir vorwärtsgekommen, und mit Stolz und Freude erkennen wir diesen Fortschritt an.

Mit der freudigen Erkenntnis erfolgreicher Arbeit sammeln wir gleichzeitig frische Kräfte zum weiteren Aufstieg. Die großen gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele, um die die einzelne Organisation im schweren Kampfe rang, sollen gemeinsam schneller und besser erreicht werden.

In dieser Stunde, die eine Konzentration gewerkschaftlicher Kräfte beschließen wird, denken wir mit Bedauern daran, daß eine große freigewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und insbesondere des Verkehrs, der „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“, außerhalb unserer Einheitsfront steht. Wir sprechen in dieser historischen Stunde die Hoffnung aus, auch diese Organisation in absehbarer Zeit in unserem Bunde zu sehen, um mit ihr gemeinsam die großen Fragen der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe zu behandeln.

Neben den vielen Eigenarten gegenüber anderen Verbänden des ADGB. übernimmt der Gesamtverband vom Deutschen Verkehrs- und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auch den Charakter einer sogenannten gemischten Organisation, d. h. der Gesamtverband wird in seinen Reihen nicht nur Handarbeiter, sondern auch Angestellte und Beamte als Mitglieder haben. Die Zahl der Beamten und Angestellten im „Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen“ und in der „Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft“ beläuft sich heute auf rund 30 000.

In selbständiger Arbeit und in Verbindung mit der freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, haben beide Verbände positiv an der Förderung der Belange der Beamten mitgewirkt. Die Arbeit in diesem Sinne wird grundsätzlich auch im neuen Verbande keine Unterbrechung erfahren; im Gegenteil, durch die Schaffung eines besonderen Beamtensekretariats im Vorstand des Gesamtverbandes soll dieser Teil der Verbandsarbeit eine besondere Förderung erfahren.

Die durch die Erweiterung der Organisationsbasis entstehenden Streitfälle mit den freien Angestelltenverbänden sollen — soweit dies noch nicht geschehen ist — in der Weise bereinigt werden, daß das Abkommen mit dem Zentralverband der Angestellten erneuert und Grenzabkommen mit dem Deutschen Werkmeisterverband und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten geschlossen werden. Der Abschluß dieser Abkommen ermächtigt den zweckmäßigen und notwendigen Anschluß an den AFA-Bund im Interesse der Angestellten unseres Gesamtverbandes und der gesamten freien Angestelltenbewegung.

Der Gesamtverband wird mit allen seinen Kräften zentral und örtlich am Ausbau der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung mitarbeiten. Er wird sich mit dem ADB. für die Sicherung des Berufsbeamtentums und den Ausbau zu einem wahren Volksbeamtentum, wie es der demokratische Staat erfordert, einsetzen. Unsere Arbeit wird ferner gelten der Neugestaltung des Dienststrafrechts, der Schaffung von Beamtenvertretungen und der Reform der bestehenden Beamtenbesoldung nach sozialen Grundsätzen.

Der Führer einer geenergischen Beamtenorganisation hat kürzlich in Berlin auf einer Tagung seiner Organisation den Anspruch getan: „Das neu zu fordernde Beamtenrecht müsse den Unterschied zwischen Beamten und übrigen Arbeitnehmern deutlich herauskehren.“ Wir halten die Betonung der Notwendigkeit der exklusiven Behandlung der Beamten für überheblich. Wir sind vielmehr der Meinung, daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter Arbeitsbedingungen und Rechtsverhältnisse erhalten sollen, die die innerliche Verbundenheit dieser drei Gruppen sowohl in ihrer Stellung zum Staat wie zur Gesellschaft bekundet. (Sehr richtig!)

Wir hoffen und wünschen, daß die Schaffung des Gesamtverbandes nicht ohne Eindruck auf die anderen freigewerkschaftlichen kommunalen Beamtenverbände, insbesondere der Berufsfeuerwehr und RDK, bleibt.

Die Berufsfeuerwehrlente haben heute ja bereits eine sehr erfreuliche Erklärung in dieser Richtung abgegeben.

Dolenske gibt nun einen interessanten Ueberblick über die Geschichte der drei Verbände und fährt dann fort:

Die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wie die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe vertretene Organisationsform der Betriebsorganisation wird durch den Anschluß von rund 160 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten des Deutschen Verkehrsverbands und des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter seiner Verwirklichung näher gebracht. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der freien Gewerkschaften seit dem Jahre 1899 der Kampf um diese Organisationsform, verständlich und begreiflich angeht des Organisationsaufbaues der übrigen Gewerkschaften, nicht mehr verständlich seit dem Jahre 1916, in dem ausdrücklich die Betriebsorganisation für das Personal der Eisenbahn als die zweckmäßigste und richtige Organisationsform anerkannt worden ist. Die Stellung der Organisation wurde erleichtert, nachdem im Jahre 1919 in Nürnberg und später 1922 in Leipzig die Forderung nach Industrieorganisationen im Statut des ADGB verwirklicht wurde. Im § 5 des Statuts heißt es ausdrücklich: „In der Regel gilt als Organisationsgebiet jeweils ein Industriegebiet.“ Ich sage: es muß sich durchsetzen, weil die der Organisation gestellten Aufgaben in den öffentlichen Betrieben die Betriebsorganisation bedingen.

Neben den Gesichtspunkten, dem einen Arbeitgeber eine Organisation entgegenzustellen, sind es in den Gemeindebetrieben wie in den gemischt-wirtschaftlichen und privaten Monopolbetrieben, die für den öffentlichen Bedarf produzierenden, die sozialen Arbeitsverträge, Ruheohn- und Hinterbliebenenversorgung, Krankenlohn, Urlaub, die in Fleisch und Blut der in diesen Betrieben Beschäftigten übergegangen sind.

Kurz einige Worte zu den sozialen Arbeitsverträgen, wie ich mir erlaube unsere großen Mantelarifverträge zu nennen. Der soziale Arbeitsvertrag ist keine Nachkriegserfindung oder, wie man sagt, Revolutionserfindung. Im Jahre 1898 forderten organisierte Berliner Gemeindegewerkschafter Ruheohn- und Hinterbliebenenversorgung, Erholungsurlaub und Krankenlohn und im Statut des Jahres 1900 werden diese Forderungen neben der Forderung der neun- und achtstündigen Arbeitszeit als programmatische Forderungen festgelegt. Die sogenannten allgemeinen Arbeitsordnungen der Vorkriegszeit waren die Vorläufer der sozialen Tarifverträge. Diese Verträge sind stark umstritten. Die privaten Arbeitgeberorganisationen laufen gegen diese Verträge Sturm in der Befürchtung, daß sie Schule machen und ihre Auswirkungen auf die private Industrie, auf den privaten Handel haben können. Bedauerlich war es allerdings in der letzten Zeit, auch Stimmen aus Arbeitnehmerkreisen zu hören, die die Frage aufwarfen, ob die sozialen Vertragsbestimmungen nicht das der Zeit angemessene Maß übersteigen. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen derartige Äußerungen zur Wehr setzen. Die sozialen Tarifverträge, die von uns getätigt worden sind, und die in Einzelfällen auch in privaten Unternehmungen zum Teil durchgeführt worden sind, betrachten wir als Pionierarbeit für die Fortentwicklung unseres Sozialrechtes. (Sehr gut!) Wir vertreten die Auffassung, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ausreichende Versorgung der Kranken, Invaliden und Alten Aufgabe der Gesellschaft sein muß. Wir sind aber der Meinung, daß dort, wo schon unter den heutigen Verhältnissen die Möglichkeit besteht, den Arbeitnehmern diese sozialen Sicherungen zu geben, von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden muß. Wir glauben, daß durch den Zusammenschluß die Aufrechterhaltung und die Förderung der sozialen Tarifverträge gewährleistet wird.

Neben den innerorganisatorischen Gründen leiten uns bei dem Zusammenschluß auch gewerkschaftspolitische Gesichtspunkte. Die 700 000 Mitglieder des Gesamtverbandes sind heute ohne Vertretung im Bundesvorstand. Der zweitgrößten Organisation der deutschen Gewerkschaften wird man in Zukunft diese Vertretung kaum vorzuziehen können, und wir erwarten so von dem Zusammenschluß auch eine bessere Vertretung unserer Auffassungen über unsere Organisationsform im ADGB, sowie über Tarifrecht und soziales Arbeitsrecht.

Dazu kommen weiter als wirtschaftspolitische Gründe des Zusammenchlusses verstärkte Einwirkung auf und für die öffentliche Wirtschaft und die Gemeinwirtschaft und als politische Gründe: Größere Einwirkung und bessere Vertretungen in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und Kommunen auf Grund dessen größeren Einfluß in den Verwaltungsorganen.

In den programmatischen Grundzügen, die wir dem Einigungsverbandstage unterbreiten, verweisen wir im besonderen auf die öffentliche Wirtschaft. Die Organisation zeigt schon in ihrem Titel, daß sie neben dem Personal des privaten Handels und Verkehrs die Organisation der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sein wird. Die Förderung der öffentlichen Wirtschaft liegt daher im ureigensten Interesse der Organisation. Der Gesamtverband sieht es als seine besondere Aufgabe an, den Bestand der öffentlichen Wirtschaft zu verteidigen und ihren Ausbau zu fördern. Der Kampf für die öffentliche Wirtschaft und die Gemeinwirtschaft bedeutet den Mitgliedern des Gesamtverbandes Kampf für den Sozialismus.

Am Endziel erstreckt der Gesamtverband die sozialistische Be-

darfsdeckungswirtschaft als die dem Kapitalismus praktisch und moralisch überlegene Wirtschaftsform, die der Arbeiterschaft erst die Möglichkeit geben wird, an allen Kulturerrungenschaften in vollstem Ausmaße teilzunehmen.

Da die menschliche Arbeitskraft die Quelle alles Reichtums und aller Kultur war, ist und bleiben wird, fordert der Gesamtverband für das schaffende Volk, als dem wichtigsten Faktor der gesamten Wirtschaft, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Er stellt sich zu diesem Zwecke mit allen seinen Mitteln und Einrichtungen hinter die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu Nürnberg, Breslau und Hamburg erhoben worden ist. Das private Kapital sieht in der Ausdehnung und in der Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft mit Recht eine Beeinträchtigung seiner Ausbeutungsmöglichkeiten und eine Gefahr für den Bestand der privaten Wirtschaft überhaupt. In besonders markanter Weise kam das zum Ausdruck auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu Düsseldorf.

Diese Tagung der deutschen Industrie hat auch Stellung genommen zu den Forderungen der freien Gewerkschaften zur Wirtschaftsdemokratie, selbstverständlich in ablehnendem Sinne. Wir sehen in der Durchführung dieser Forderung einen merkbaren Schritt zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele. Wenn Herr Dr. August Weber, Berlin, die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie damit abtun will, daß er erklärt, daß bei ihrer Durchführung die Erbünde der Bürokratie wieder auflieben würde, daß die Angst vor der Verantwortung die öffentliche Wirtschaft unmöglich mache, dann darf ich nur auf die Erfolge der öffentlichen, besonders der kommunalen Wirtschaft hinweisen. Die Riesenaufgaben, die z. B. durch die Stadt Berlin auf dem Gebiete der Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität und vor allen Dingen auch auf dem Gebiete des Verkehrs durch die öffentliche Hand gemeistert worden sind, die Rentabilität dieser Unternehmungen, trotz niedrigerer Tarife als sie die Privatunternehmungen haben, zeigen am deutlichsten, wie absurd diese Behauptungen sind.

In diesen Tagen hat auf dem Städtetag in Frankfurt a. M. Oberbürgermeister J a r e s, Mitglied der Deutschen Volkspartei, bestätigt, daß die kommunale, öffentliche Wirtschaft durchaus gut arbeitet, und daß ihre Förderung und Weiterentwicklung eine Lebensnotwendigkeit für die deutschen Städte ist.

Der Gesamtverband setzt sich weiter ein für die Erhaltung und Erweiterung der Gemeinwirtschaft. Die Gemeinwirtschaft, die heute ihren Ausdruck findet in den Einrichtungen der Konsumvereine, der Volksfürsorge, der sozialen Baubetriebe, der Wohnungs- und Heimstättenorganisation, der Arbeiterbank und der gesamten Einrichtungen der modernen Arbeiterbewegung, wird die tatkräftige Unterstützung des Gesamtverbandes in Wort und Schrift finden.

Wir sind bereit, die durch unsere Tätigkeit in den Verwaltungen und Betrieben erworbenen Kenntnisse positiv anzuwenden, nicht etwa in dem Sinne, als ob wir die öffentlichen Betriebe als eine Domäne unserer Organisation betrachten wollen, nicht etwa vom Standpunkt des Interesses der Arbeiter allein, sondern wir werden sehr wohl jederzeit abzuwägen wissen zwischen den Interessen unserer Kollegen und der allgemeinen Volkswohlfahrt, die stets entscheidend sein muß. Aber heute sind vielfach noch die Interessen der Arbeitnehmer ungenügend berücksichtigt. Wir wollen nicht nur Objekt der Gesetzgebung sein; wir wünschen, daß unsere Organisation auch entsprechenden Einfluß in den Verwaltungen gewinnt.

Diese Auffassung wird von der KPD. als Sozialfaschismus bezeichnet. Wir freien Gewerkschafter vertreten die Auffassung, daß die Arbeit, die in den Gewerkschaften jahrein, jahraus für den Kulturanstieg der Arbeiterklasse geleistet wird, den marxistischen Grundzügen entspricht. Wir sind nicht so irrsinnig zu glauben, daß nur auf den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft das Eldorado einer schönen Zukunft entstehen könnte. Als Marxisten sind wir uns darüber klar, daß nur mit zunehmendem Wohlstand die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus geht, und daß eine zum Lumpenproletariat herabgesunkene Arbeitnehmerschaft niemals in der Lage sein könnte, die großen wirtschaftlichen Aufgaben zu meistern, die der Marxismus den Arbeitnehmern gestellt hat. Je blühender das Wirtschaftsleben allgemein, um so günstiger die Aussichten für die Durchsetzung unserer sozialistischen Ziele, jeber Pfennig Lohnerhöhung, jede Minute Arbeitszeitverkürzung ist Klassenkampf im marxistischen Sinne. (Sehr wahr!) Und wenn wir die öffentlichen Betriebe und die Unternehmungen der Gemeinwirtschaft als Vorläufer einer sozialistischen Wirtschaft betrachten, so haben wir als Gewerkschafter Interesse daran, nicht nur die Ueberführung unserer Wirtschaft in die öffentliche Hand und die Gemeinwirtschaft zu fördern, sondern wir haben auch in der öffentlichen Wirtschaft und in der Gemeinwirtschaft selbst mitzuarbeiten, um diese Betriebe auf den höchsten Stand wirtschaftlicher und technischer Entwicklung zu bringen. Eine hohe technische und wirtschaftliche Entwicklung der öffentlichen Betriebe und der Gemeinwirtschaft sind die besten Beweise für die Richtigkeit unserer sozialistischen Auffassung. (Sehr gut.)

Der Gesamtverband ist entschlossen, seine ganze Kraft einzusetzen für die zielbewusste Fortführung der Sozialpolitik im Sinne

eines weiteren Ausbaues der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und des Beamtenrechtes sowie des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherungs-Gesetzgebung.

Der Gesamtverband ist sich bewußt, daß zur Erreichung seiner Ziele Entscheidungen auf dem weiten Felde der politisch-parlamentarischen Betätigung herbeigeführt werden müssen. Ebenso wie er alle Tendenzen unterstützt und fördert, die auf die Erhaltung des Friedens und auf eine verständnisvolle nur in der Erzielung des größtmöglichen Kulturfortschrittes miteinander wetteifernden Zusammenarbeit der Völker der ganzen Welt abzielen, steht er zur demokratischen Republik als der dem Befreiungskampfe des Proletariats zweckentsprechenden Staatsform. Dabei findet der Gesamtverband seine stärkste Stütze in der Sozialdemokratischen Partei, in deren parlamentarischen Körperschaft er seine politische Interessenvertretung erblickt. (Bravo!)

Die Programme, die ihnen vorliegen, enthalten die großen Gesichtspunkte, nach denen in Zukunft unsere Arbeit geleistet werden soll. Mit diesen Programmen werden die speziellen Aufgaben, die den einzelnen Reichsabteilungen gestellt sind, nicht erschöpft. Im kommenden Jahre werden für die Reichsabteilungen Konferenzen stattfinden, in denen die besonderen Forderungen der einzelnen Abteilungen und Fachgruppen programmatisch festgelegt werden sollen.

Die Presse- und die Bildungseinrichtungen des Gesamtverbandes werden den Notwendigkeiten in organisatorischer und agitatorischer Beziehung angepaßt werden. Sie werden in zielbewußter Weise arbeiten, um die Mitglieder der Organisation im Sinne unserer wirtschaftlichen und politischen Auffassung zu wahren Klassenkämpfern zu erziehen.

In nüchternen, kluger Abmessung der vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten wird der Gesamtverband seinen Weg gehen. Schulter an Schulter werden die Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe stehen mit dem Personal des noch in privaten Händen befindlichen Handels und Verkehrs und der Schifffahrt. Für die Gärtner und Gärtnereiarbeiter erhoffen wir durch den Zusammenschluß neue Organisations- und Agitationsmöglichkeiten; durch die Organisation der Wegewärter und -arbeiter wird der Gesamtverband den Gedanken freigewerkschaftlicher Organisation bis in das entlegenste Dorf tragen. Die Arbeiter der Straßenerhaltung und die Kraftwagenführer und Kutscher soll in einer Organisation das Band brüderlichen Handelns umschließen. Den Hunderttausenden von Hausangestellten soll der Gesamtverband Schirm und Schutz sein.

Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Kollegenchaft gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus, das ist das Ziel unserer neuen Organisation, des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nun übernimmt Schumann den Vorsitz und schreitet zu der endgültigen Abstimmung über den Zusammenschluß der drei Verbände sowie zugleich über die Säzung mit den Abänderungen der Statutenberatungskommission und über die beiden vorliegenden Entwürfe eines Verbandsprogramms und eines Beamtenprogramms. Unter großer Begeisterung wird dieser Zusammenschluß mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Gegenüber dem kommunistischen Delegierten Moellers-Berlin, der durch Rufe „Zur Geschäftsordnung“ diesen feierlichen Akt zu stören versucht, bemerkt

Schumann nach vollzogener Abstimmung unter erneuter stürmischer Zustimmung der Delegierten: In einer so denkwürdigen Situation wie der gegenwärtigen können nur kleinliche Geister oder in die Irre Geführte es überhaupt wagen, die Einheit und Geschlossenheit zu stören.

Es folgt dann die Wahl der Verbandskörperschaften. Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit (gegen 7 Stimmen der kommunistischen Opposition) werden die Beschlüsse der vorangegangenen Verbandstages gutgeheißen.

Danach wurden gewählt in den Vorstand:

a) Geschäftsleitung.

Dom Verkehrsbund. Vorsitzender: Oswald Schumann. Stellvertretender Vorsitzender: Johannes Döring. Reichsabteilungsleiter: August Reiz. Vorstandsekretär: Anton Reizner. Hauptkassierer: Richard Nürnberg.

Dom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Vorsitzender: Fritz Müntner. Stellvertretender Vorsitzender: Otto Becker. Reichsabteilungsleiter: Karl Polenske. Tarifsekretär: Paul Schulz. Vermögensverwalter: Adam Ruppert.

b) Vorstandsmitglieder (besoldete).

Dom Verkehrsbund. Reichsabteilungsleiter: Ferdinand Bender, Wilhelm Kempter. Sekretär: Max Pause. Reichsabteilungsleiter: Hermann Rudolph. Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Betriebsräte: Emil Riedel. Beamtensekretariat: Julius Scherff.

Dom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Reichsabteilungsleiter: David Stetter. Stellvertretender Reichsabteilungsleiter: Josef Orlopp. Sekretär: Josef Busch (Gärtnerverband). Werbe- und Bildungswesen: Gerhardt Förster. Volkswirtschaft: Rudolf Sengersdorff. Redakteur: Emil Dittmer.

c) Vorstandsmitglieder (unbesoldete):

Dom Verkehrsbund: Wilhelm Benersdorff, Otto Borchardt, Johann Flieger, Walter Heidemann, Paul Krause, Ernst Kube, Johann Mänz, Alfred Oestmann, Erte Philipp, Rudolf Ducalka, August Schmahl, Josef Ulrich.

Dom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Bruno Otto, Heinrich Eiffert, Otto Eläner, Moriz Elix, Elisabeth Großklaus, Richard Hedemann, Paul Hepprich, Fritz Kamin, Otto Kammermeier, Max Krause, Josef Kuchenbecker, Willi Dollnberg.

Revisionskommission:

Dom Verkehrsbund: Karl Fröhbrodt, Otto Kiesche, August Langkau.

Dom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Bruno Otto, Richard Naumann, Albert Kogke.

Verbandsauschuß:

Dom Verkehrsbund: Wilhelm Römpage, Max Jäger, Otto Kaplar.

Dom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Arnold van Riesen, Henry Rähmann, Hugo Schulz.

Als Ersatzleute für den unbesoldeten Vorstand werden vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband gewählt: Hermann Winter, August Lenz, Otto Baganz, Hermann Fischer, Otto Moldmann, Emil Bachhaus, Karl Bollmann, Otto Zech, Max Heinselmann, Hermann Dettloff, Arthur Meißner, Johanna Pucknus. — Dom Verkehrsbund sollen die entsprechenden Ersatzmitglieder in der nächsten Beiratsitzung bekanntgegeben und bestätigt werden. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Es folgt der Schlußakt der historischen Tagung. Während die farbenprächtigen, reichbestickten Banner der drei Verbände auf dem Podium hinter dem Verbandstisch entfaltet werden, ergreift

Schumann das Wort zu seiner Schlußrede. Er dankt zunächst allen denjenigen, die dafür gesorgt haben, daß diese Tagung einen schönen eindrucksvollen Verlauf genommen hat. Ein Wermutstropfen ist insofern in unseren Freudenbecher gefallen, als wir leider hier einen Mann vermissen mußten, der in selbstloser Weise mitgewirkt hat, daß die Vorarbeiten für diesen Zusammenschluß so erfolgreich verlaufen konnten, unseren Kollegen und Freund Fritz Müntner. Nachdem ich von seinem Arzt erfahren hatte, daß die Erfüllung des Wunsches des Kollegen Müntner, trotz seiner ersten Erkrankung zu dieser Tagung zu kommen, mit größten Gefahren für seine Gesundheit verbunden gewesen wäre, war ich gestern selbst bei ihm und Kollege Müntner hat mir in die Hand versprochen, wenn es ihm auch weh getan hat, in Rücksicht auf seinen Zustand der Tagung fernzubleiben. Wir sind uns wohl alle einig in dem Bebauern, daß Fritz Müntner diesen Akt nicht mitmachen konnte. Kollege Müntner kann überzeugen sein, daß wir alle sein Wirken für die gemeinsame Sache zu würdigen wissen. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich vom Büro aus dem Kollegen Müntner die herzlichsten Grüße übermittele, den Dank für seine aufopferungsvolle Tätigkeit und beste Wünsche für seine Genesung. Wir hoffen alle zurecht, daß er in einigen Wochen wieder aktiv wird eingreifen können.

Wir haben nun den Zusammenschluß beschloßen. Aber, Kollegen, täuschen wir uns darüber nicht: in einem Moment, wo Funktionäre zusammengepackt werden, die bisher auf den verschiedensten Gebieten allein gewirkt haben, wird es ganz ohne Unebenheiten nicht abgehen. Wir in der Zentrale sind uns bereits einig, daß wir alles Trennende beiseite zu lassen haben. Wir werden unsere Aufgaben nur erfolgreich lösen können, wenn wir einig zusammenstehen. So muß es auch draußen im Lande sein. Gegenseitige Unterstützung ist vor allem nötig. Wir wollen voneinander lernen, um in Vertretung der Interessen aller Verbände das Bestmögliche zu leisten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal einen Rückblick auf die Vergangenheit tun: Aus der Tiefe stiegen sie empor, all die Hunderttausende entrechteter und geknechteter Arbeitsmenschen und drängten nach Licht. Die Organisationen waren ihnen Wegführer und Wegbereiter. Das Sehnen nach Freiheit und den Hunger nach Wissen versuchten die Organisationen zu stillen. So haben sie sich das Vertrauen der Massen erworben. Getragen von diesem Vertrauen wird auch unsere neue Organisation, der Gesamtverband, in der Zukunft in systematischer, zielsicherer Arbeit die Interessen seiner Mitglieder erfolgreich wahren. Und nun die Fahnen und Banner hoch! Wir grüßen die neue Organisation, wir geloben ihr die Treue zu halten, wie wir sie unsern bisherigen Organisationen gehalten haben. Wir kämpfen auch unter dem neuen Banner für die wirtschaftliche und soziale Besserstellung aller Arbeitnehmer, für den kulturellen Aufstieg der Massen und für die höchsten Menschheitsideale.

Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Wagenverkehrs und mit ihnen die gesamte Gewerkschaftsbewegung und die gesamte Arbeiterbewegung, sie leben hoch!

Die Versammlung erhebt sich und stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale schließt der erste Verbandstag des neuen Gesamtverbandes.

Zu Karl Kautskys 75. Geburtstag

Karl Kautsky feiert am 16. Oktober 1929 seinen 75. Geburtstag. Seit seiner wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Eduard Bernstein in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, insbesondere aber seit dem Tode von Friedrich Engels im Jahre 1895, galt Kautsky als der bedeutendste Theoretiker des Sozialismus im In- und Ausland. So hat er jahrzehntelang, nicht nur durch die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Wochenschrift „Die Neue Zeit“, deren Chefredakteur er bis zum Kriege war, die sozialistische Bewegung befruchtet und den Marxismus populär gemacht, sondern noch mehr durch die vielen, vielen zum Teil sehr umfangreichen Werke, die er geschrieben hat. Bei allen theoretischen und taktischen Streitfragen, die namentlich in Deutschland vor dem Kriege innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgefochten wurden, war Kautskys Meinung fast immer ausschlaggebend. Und doch war dieser anerkannteste Marxinterpret in der Gewerkschaftsfrage viel mehr Cassalleaner als Marxist. Die politische Arbeiterbewegung war ihm alles, die Gewerkschaftsbewegung fast nichts. Ihre Arbeit hielt er für Sisyphusarbeit, was er besonders stark in der ersten Auflage seiner Schrift „Der Weg zur Macht“ zum Ausdruck brachte. Trotzdem begrüßen auch die Gewerkschaften den hochbetagten Alten zu seinem 75. Geburtstag; denn durch seine Popularisierung des Marxismus wurden auch die Gewerkschaften befruchtet.

Nach dem Kriege ist es um Kautsky immer stiller geworden. Bis dahin hatte er in der Hauptsache seine Lebensaufgabe erfüllt. Still und zurückgezogen lebt er seit einigen Jahren in Wien. Trotzdem brachte er noch im Jahre 1927 sein großes zweibändiges Werk „Die materialistische Geschichtsauffassung“ heraus, das wohl das bedeutendste aller seiner Werke ist. Es wäre zu wünschen, daß es von den weitesten Kreisen der Arbeiterchaft studiert wird, weil es ungeheuer viel zur Klärung der verworrenen Gedanken beitragen würde, die unter Arbeitern über Bourgeoisie, Kapitalismus, Sozialismus, Bolschewismus, Klassenkampf und Klassenbewußtsein herrschen. Nachstehendes Kapitel: „Die Untergrabung des Kapitalismus“, das wir dem zweiten Band entnehmen, soll zum Lesen des Werkes anregen:

„Es ist ein ganz neuer, unerhörter Zustand, dem das Menschengeschlecht entgegenseht. Er findet in der Vorzeit ebensowenig seinesgleichen, wie das industrielle Kapital, das den Anstoß zu dieser Entwicklung gibt.

Aber es ist nicht bloß für einen Konservativen, sondern auch für einen Revolutionär, und mag er ein noch so kühner Denker sein, schwer über das Gebiet der Erfahrungen hinauszugehen, die in der Vergangenheit gewonnen wurden. Selbst er muß stets geneigt sein, sich nach ihrem Bilde die Zukunft vorzustellen, der wir entgegengehen, auch wenn er weiß, daß diese etwas ganz Neues werden muß.

Ehe wir die Untersuchung der Entwicklungstendenzen abschließen, die den heutigen Klassenkämpfen innewohnen, müssen wir daher noch eine Frage erörtern: wird die kapitalistische Produktionsweise in ähnlicher Weise ihr Ende finden wie die ihr vorhergehende feudale, die durch jene verdrängt wurde?

Von dieser Annahme haben sich selbst Marx und Engels nicht ganz freimachen können. Sie ist heute noch in sozialistischen Kreisen stark verbreitet.

Wie alle früheren Zivilisationen der Ausbeutungsgesellschaften drohte auch die im Mittelalter ausgestaltete feudale an den die Gesellschaft degradierenden Folgen ihrer Ausbeutung zugrunde zu gehen. Vom 17. Jahrhundert an zeigen die feudalen Länder der Christenheit die Tendenz zu verkommen. Bei manchen unter ihnen hat diese Tendenz bis ins 19. Jahrhundert ständige Fortschritte gemacht.

Aber diesmal vollzog sich der Gang der Dinge anders als im Orient und Altertum. In einer Folge eigenartiger Verhältnisse erstand das industrielle Kapital. Gingen die früheren Ausbeutungsmethoden darauf hinaus, trotz zeitweiliger Förderung der Produktivkräfte, diese schließlich zu ruinieren, so hat das industrielle Kapital die Tendenz, sie zu vermehren.

Wo sich im Schoße des Feudalismus industrielles Kapital bildet, erwächst daher die Tendenz, die ruinierenden Wirkungen des ersteren wettzumachen. Zu seiner vollen Entfaltung bedarf aber das Kapital der Beseitigung der feudalen Schranken, die es einengen. Die Vernichtung der feudalen Produktionsverhältnisse wird zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit. Gelingt sie nicht, dann geht die ganze Gesellschaft zugrunde.

Im Altertum folgte dem Untergang eines Ausbeuterstaates oft der Untergang der mit ihm verbundenen Zivilisation. Dieser Untergang war schließlich unvermeidlich, brachte jedoch zunächst keinen Fortschritt zu einer neuen höheren Gesellschaft, sondern einen Rückfall in die Barbarei. Jetzt dagegen wurde der Untergang der feudalen Gesellschaft nicht nur unvermeidlich, sondern auch unerlässlich, um ein Hindernis des Fortschrittes aus dem Wege zu räumen.

Diese Beseitigung vollzog sich dadurch, daß der industrielle Kapitalismus nicht nur die einzige Möglichkeit der Errettung der Zivilisation bot, die durch den Niedergang der Feudalgesellschaft bedroht war, sondern daß er auch die Menschen produzierte, die ein Interesse daran hatten und fähig waren, diese alte Gesellschaft niederzumerfen und damit — oft unbewußt — dem Kapital den Weg zu bahnen. Es waren neben industriellen Kapitalisten, Intellektuelle, Kleinbürger, Bauern, Proletarier. Dieser Vorgang war namentlich in Frankreich deutlich zu verfolgen. Und dessen große Revolution beeinflusste das Denken aller fortschrittlichen Elemente in ganz Europa. Sollte es nun mit dem Kapitalismus nicht ebenso gehen, wie früher mit dem Feudalismus? Sollte er nicht auch schließlich Formen annehmen, in denen er ein Hindernis weiterer ökonomischer Entwicklung, ja ein Hindernis eines gedeihlichen ökonomischen Lebens überhaupt wird, so daß die Rettung der Gesellschaft vor ökonomischem Verkommen jetzt ebensowenig die Überwindung des Kapitalismus, wie früher des Feudalismus notwendig macht?

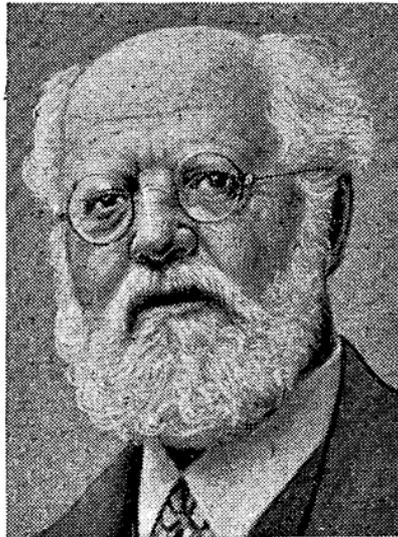
Diese Annahme konnte sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf die furchtbaren Verheerungen in den arbeitenden Klassen berufen, die der industrielle Kapitalismus dort anrichtete, wo er sich schrankenlos austoben konnte. Der Sozialismus erschien unter diesen Umständen als ein Mittel, das Proletariat und die Gesellschaft selbst vor ihrem Untergang zu retten.

Dieser Gedankengang kennzeichnet den utopistischen Sozialismus. Aber selbst Marx und Engels konnten sich von ihm nicht ganz freihalten. Im Kommunistischen Manifest heißt es:

„Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper (Armer, der auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist. D. N.), und der Pauperismus (Massenverarmung. D. N.) entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz anzuzuwenden. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“

Das war richtig für die englischen Verhältnisse in der Zeit, in der es geschrieben wurde. Gerade damals aber wurden in England die Getreidezölle abgeschafft, der zehnstündige Normalarbeitsstag errungen, eine Ära des Aufschwunges der Industrie, aber auch der Gewerkschaften eingeleitet. Von da an nimmt die Zahl der unterstützten Armen in England nicht mehr zu, sondern ab, fast stets relativ, im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung, oft auch absolut. Die Zahl der Paupers betrug (nach Porter, „The Progress of the Nation“, Neuausgabe 1912, S. 70):

	Absolut	Pro 1000 Einwohner	Absolut	Pro 1000 Einwohner
1850	1 008 700	574	1800	608 030
1860	844 693	429	1900	792 367
1870	1 032 800	465	1908	898 474



Gleichzeitig verbessert sich der Zustand der Arbeiter in den von der Arbeiterschutzesetzgebung betroffenen Industrien sehr erheblich. Schon in seiner „Inauguraladresse“ von 1864, wie im ersten Bande des „Kapital“ 1867 sprach Marx auf Grund dieser Erfahrungen ganz anders als 1847. Er brandmarkte ebenso sehr, wie damals die aus dem Streben nach Mehrwert hervorgehende Tendenz, das Proletariat in immer tieferes Elend zu stürzen, pries aber den Arbeiterschutz als wirksames Mittel, dieser Tendenz zu begegnen.

Allerdings weist er im „Kapital“ auf eine andere kapitalistische Tendenz hin, die nicht nur die Produktivkraft des Arbeiters, sondern auch die des Bodens zerstört: Die Zusammenballung des größten Teils der Industrienationen in den Städten und die Verödung des flachen Landes. In dem Kapitel über „Große Industrie und Agrikultur“ („Kapital“ I) sagt er von der kapitalistischen Produktion:

„Sie stört den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln benutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewigen Naturbedingungen dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und der Landarbeiter. . . . Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter.“ (S. 445, 446.)

Auch das war richtig zu der Zeit, als es geschrieben wurde, ist aber durch neuere Errungenschaften überholt worden. Die moderne, nach wissenschaftlichen Grundätzen betriebene Landwirtschaft weiß, namentlich dank den Fortschritten in der Herstellung künstlichen Düngers, trotz der nutzlosen Vergeudung der menschlichen Abfallstoffe in den Städten, die Bodenfruchtbarkeit immer mehr zu steigern.

Andererseits bemächtigt sich bei wachsender Demokratie in den großen Städten das Proletariat immer mehr ihrer Verwaltung und weiß, auch schon inmitten kapitalistischer Produktion, die Lebensverhältnisse, namentlich die Wohnungsverhältnisse ihrer Bevölkerung so zu verbessern, daß deren allgemeine Gesundheit sich merklich hebt. Wie die gesamte Technik, macht die des Gesundheitswesens ebenfalls enorme Fortschritte, und dank den Verbesserungen des Verkehrs und dem Anwachsen der Arbeiterbewegung erstarkt das geistige Leben auch bei den Landarbeitern.

Wir können also heute nicht mehr sagen, daß „die kapitalistische Produktionsweise die Springquellen allen Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter“, und dadurch sich selbst durch ihre bloße ökonomische Entwicklung ein Ende bereitet. Die Neigung zur Untergrabung der physischen Gesundheit der Stadtarbeiter und des geistigen Lebens der Landarbeiter ist bei den Kapitalisten immer noch sehr stark vorhanden, die jegliche Organisation der Landarbeiter rücksichtslos zu unterdrücken suchen und jeder arbeiterfreundlichen Wohnungs- und Fürsorgepolitik die Mittel verweigern, wo sie können. Aber das Proletariat gewinnt immer mehr die Kraft, dieser Hemmnisse Herr zu werden.“

Sür die Frauen

Mütter und Alkohol

Der Alkoholismus ist mit allen Gebieten unseres privaten und öffentlichen Lebens so eng verknüpft, daß man fast überall auf Spuren seiner schädlichen Wirkungen stoßen kann. Am schmerzlichsten empfinden wir sie aber doch dort, wo an den Quellen neuer Volkskraft seine vergiftenden Einflüsse junges Leben von vornherein und für immer an voller Kraftentfaltung in körperlicher wie geistig-seelischer Hinsicht hindern. Deshalb ist und bleibt die Belehrung in Frauen- und Mütterkreisen über die Alkoholfrage eine höchwichtige Angelegenheit der Volksbildung, die wir gerade in Deutschland bei unserer durch den Krieg und Nachkrieg erheblich beeinträchtigten Volksgesundheit gar nicht ernst genug nehmen können. Die Gefahren unserer Nachkommenschaft aber auf ein Mindestmaß herabdrücken, wäre gleichbedeutend mit jener heißersehnten Kräftigung des Volkstums, die angesichts der unleugbaren Schwächung der abendländischen Rasse dieser allein noch eine gewisse Lebensdauer verbürgen dürfte.

Zum leichteren Verständnis dessen, worauf es uns ankommt, sei eine kurze biologische Darlegung erlaubt: die Gehirnzellen, an die die menschliche Geistestätigkeit gebunden ist, und die Fortpflanzungszellen, denen die Uebertragung der elterlichen Eigenschaften auf die Kinder obliegt, gehören zu

den feinst- und höchstorganisierten, über die unser Körper verfügt, wie das aus der hohen, ihnen zugewiesenen Aufgabe ja ohne weiteres einleuchtet. Sie gehören deswegen aber auch zu den empfindlichsten, die am leichtesten durch einmalige oder dauernde Mißhandlung geschädigt werden können.

Alkohol gelangt durch die Magen- und Darmschleimhaut sehr schnell in die Blutbahn. Es ist leicht begreiflich, daß es für sämtliche Körperzellen, also auch die Fortpflanzungszellen, die ihre Aufbaustoffe dem Blut entnehmen, nicht gleichgültig bleiben kann, wenn sie statt mit unverdorbenem Blut mit alkoholhaltigem ernährt werden. Wenn auch die nachteiligen Folgen häufig zunächst überwunden werden, auf die Dauer wird, namentlich bei jahrelangem Mißbrauch, der Schaden nicht ausbleiben, der an der Nachkommenschaft oft erst bemerkt wird, wenn es zu spät ist. Daß eine solche Keimschädigung nicht nur auf Vermutung beruht, sondern auf Tatsachen, hat Prof. Bertholet (Lausanne) nachgewiesen. Bei 163 Trinkerleichen fand er in 86 Proz. der Fälle eine Entartung der samenbildenden Organe bis zur völligen Unfruchtbarkeit. Ähnliche Schäden hat man auch an den Eierstöcken von Trinkerinnen festgestellt.

Daß krankhaft veränderte Keimzellen eine Keimschädigung und damit eine Schädigung der Nachkommenschaft bedeuten müssen, liegt auf der Hand. Die Erfahrungen des täglichen Lebens bestätigen es zur Genüge. Die Vorgeschichte der Trinker, Idioten, Epileptiker, Schwachsinnigen und Psychopathen enthält in sehr vielen Fällen Angaben über Alkoholmißbrauch der Eltern. Die Insassen der Anstalt Bethel bei Bielefeld bilden eine traurige Illustration zu diesem Kapitel. Jede Ehe mit einem allzu alkoholfreundlichen Partner bedeutet eine ernste Gefahr für die Nachkommenschaft. Das muß jede Mutter wissen, damit sie solchen Neigungen — gegebenenfalls nach ärztlicher Beratung — entgegenzutreten vermag. Bei der Erziehung der Kinder aufklärend und warnend einzuwirken, sollte zum selbstverständlichen Bestandteil überhaupt aller hygienischen Belehrung und Führung in der Familie gehören.

Auch der einmalige schwere Rauschzustand, den man auf die leichte Achsel zu nehmen gewohnt ist, kann sehr wohl schädigende Wirkungen entfalten, denn gerade in diesen Fällen erfolgt eine besonders ergiebige Ueberschwemmung des Blutes mit Alkohol. Die Keime, die nach einer solchen alkoholischen Körpervergiftung durch den Zeugungsvorgang Träger eines neuen Menschenlebens werden, sind dann oft so geschädigt, daß nur ein entarteter Sprößling zustande kommen kann. Eine 1900 in der Schweiz vorgenommene Zählung ergab die unerwartet große Zahl von etwa 9000 Idioten! Bei weiteren Nachforschungen fand man, daß die Geburtszeiten, damit also auch die Zeugungstermine, bei einem sehr großen Teil dieser unglücklichen Geschöpfe ungefähr in gleiche Zeiten des Jahres fielen, nämlich in die der Weinlese und der Fastnachtstage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier tiefere Zusammenhänge vorliegen, und man ist zu der Erklärung genötigt, daß die alkoholischen „Festzeiten“ nicht nur die Ursache für die geschlechtlichen Ausschweifungen, sondern auch für die entartete Nachkommenschaft gewesen sind. Ebenso sind in manchen Gegenden Süddeutschlands die Fastnachtskinder als Plagen für Haus und Schule sprichwörtlich bekannt. Jede Mutter muß daraus lernen, daß sie ihrem einstigen Kind schweren Schaden an Leib und Seele zufügen kann, wenn sie sich zu einem Zeugungsvorgang herbeiläßt, dem ein stärkerer Alkoholgenuß von einem der Eltern vorangegangen ist. Natürlich hat geistige und körperliche Krüppelhaftigkeit nicht allein im Alkohol ihre Ursache; auch die Syphilis spielt u. a. hier eine verheerende Rolle. Wie unendlich häufig aber Alkoholmißbrauch Menschen in diese Gefahrenrichtung zu treiben pflegt, ist allgemein bekannt.

Mit seiner Wirkung auf die Keimzellen ist jedoch der schädigende Einfluß des Alkohols auf die Fortpflanzungsorgane noch nicht abgeschlossen. An dem Stoffaustausch, der zwischen dem mütterlichen und kindlichen Körper während der Schwangerschaft besteht, nimmt der im mütterlichen Blut etwa vorhandene Alkohol vollen Anteil. Umfangreiche, von dem französischen Forscher Niclouz an trächtigen Tieren angestellte Versuche haben ergeben, daß ins Fruchtwasser bis zu ein Drittel Prozent Alkohol übergegangen war. Daß dieser schädliche Fremdstoff im Fruchtwasser für den überaus zarten werdenden Organismus und namentlich für sein Nervensystem nicht gleichgültig sein kann, dürfte leicht einleuchten. Es ist daher jeder werdenden Mutter Alkoholgenuß dringend zu widerraten. Das gleiche muß aber auch für die Zeit des Stillens gelten. Leider ist die Frage, ob auch

genug Muttermilch zur natürlichen Ernährung und auf welche Weise eventuell eine stärkere Absonderung anzuregen wäre, in mehr geschäftstüchtiger als sachverständiger Weise vom Alkoholkapital aufgegriffen worden. Es empfiehlt sogenannte „Schwarzbiere“ als nahrhaft, blutbildend und kräftigend für Wöchnerinnen! Nachgewiesenermaßen geht Alkohol in nicht unbeträchtlichen Mengen aus dem Blut aber auch in die Milch über! Dringende Abmahnung vor solchem Unfug dürfte um so eher Gehör finden bei jungen Müttern, wenn man ihnen klar macht, daß der Nährwert eines Eiters Bier etwa gleich dem einer gewöhnlichen Semmel ist, dabei das Eiter Bier aber seine 50 bis 60 Pfennig kostet!

Daß Kindern der Alkohol — wenn überhaupt, so doch erst möglich spät zu einem Lebensbedürfnis werde, dafür hat sich vernünftige Erziehung von vornherein einzusehen. Wenn wir die Jugend freizuhalten vermögen von dem seltsamen Aberglauben, daß Alkohol etwas Gutes, und gar zu einem erhobenen, gesteigerten Leben Unentbehrliches sei, werden wir sie auch zu gereinigten und erhobenen Begriffen über Lebenswerte an sich führen können und damit gleichzeitig einen Volksgesundheits- und Kulturdienst erfüllen, der es verdient an erster Stelle zu stehen!

Evamaria Blume.

Unsere Jugend

Tagung der Jugendleiter in Dresden

Auf Vorschlag des Jugendsekretariats des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte der Bundesvorstand die Vertreter der Zentralverbände und die Jugendleiter zu einer Aussprache am 23. und 24. September nach Dresden eingeladen. An Referaten waren vorgesehen: 1. „Ergebnisse der Erziehungsarbeit in den Jugendorganisationen“, Referent Genosse Marquardt, Leiter der Volkshochschule Groß-Berlin, 2. „Die Förderung unserer Jugendarbeit durch öffentliche Körperschaften“, Referent Genosse Frik Wildung, Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, 3. „Erholungsfürsorge für Jugendliche“ und 4. „Unsere Vertretung in den Landesjugendämtern“. Zu den ersten beiden Punkten waren die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitersportler ebenfalls geladen. Genosse Maschke vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nahm Bezug darauf, daß diese Konferenz keine Demonstration für die große Öffentlichkeit sei, sondern sie sei lediglich der praktischen Arbeit innerhalb der verschiedenen Jugendverbände gewidmet. Genosse Marquardt berichtete in zweieinhalbstündigem Vortrag über die Ergebnisse der bisherigen Jugendlehrkurse. Er ging von seinem Standpunkt als Lehrer vielleicht etwas zu kritisch vor. In der lebhaften Diskussion wurde besonders vom Genossen Schreda darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen in der Jugend die Begeisterung für zukünftige Ziele und Ideale geweckt werden müsse. Die Tagung brachte durch ihre rege Aussprache die Vertreter der verschiedenen Jugendkorporationen näher, und es darf betont werden, daß der Zweck dieser Zusammenkunft voll und ganz erreicht wurde, indem reiflos die Mißverständnisse zwischen den verschiedenen Organisationen beseitigt wurden. Gestärkt durch diese Einmütigkeit wird es uns gelingen, in den maßgebenden Körperschaften den Einfluß zu gewinnen, der der modernen Arbeiterjugend gebührt. Zu erwähnen ist noch, daß die sozialistischen Jugendverbände für ihre Gäste eine Feierstunde bereiteten, deren Programm fast vorwiegend von Jugendlichen bestritten wurde, und einen äußerst günstigen Eindruck hinterließ. Weiter zeigte der Besuch der Jugenderholungsstätte Otterndorf bei Sebnitz, daß durch die intensive Arbeit unserer Jugendorganisationen eine vielleicht in Deutschland einzig dastehende Anstalt geschaffen werden konnte.

Rundschau

Das „Magazin für Arbeitsrecht“, Zentralblatt der deutschen Kommunalverwaltungen, ist bekanntlich das amtliche Organ des Reichsarbeitsgeberverbandes der deutschen Gemeinden und Kommunalverbände und wird von Herrn Dr. jur. Sternberg-Raasch geleitet. Diese Schriftleitung fällt unseres Erachtens sehr verschiedenartig aus in bezug auf die grundsätzliche Einstellung zu Arbeitnehmerfragen. Während sich manchmal eine vernünftige sozialpolitische Ansicht offenbart, die ein erfreuliches Zeichen dafür sein könnte, daß auch die Vertreter des Reichsarbeitsgeberverbandes unsere Zeit verstehen, begegnen wir von Zeit zu Zeit wieder Rückfällen, die uns doch schwere Enttäuschungen bringen. Es ist natürlich weder unsere Aufgabe, noch unsere Absicht, im einzelnen über das „Magazin“ zu urteilen, aber unser Ersauern möchten wir doch darüber aussprechen, wenn z. B. in Nummer 18 des „Magazin“

vom 15. September 1929 im Leitartikel sich Dr. Gräbner darüber wunderte, daß das bekannte Reichsarbeitsgerichtsurteil über die Tariffähigkeit der wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerverbände so außerordentlich viel Kopfschütteln erregt hat. Selbst der Reichsarbeitsminister Wiffel ist von dieser Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts abgerückt und wir erwarten in baldiger Folge eine Korrektur auf diesem Gebiet. Ganz anders der Artikel des Herrn Dr. Gräbner, der ohne etwas Neues hinzuzufügen, die Behauptung aufstellt, daß man „die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts nur billigen könne“. Es folgt der famose Nachsatz: „Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb eine Arbeitnehmerbewegung nur deshalb nicht als voll anerkannt werden soll, weil sie keine klassenkämpferischen Ziele verfolgt.“ Der tendenziöse Nachsatz, daß „die Haupt Sorge der wirtschaftsfriedlichen Verbände sein müsse, frei und unabhängig von Arbeitgeberseite ihren Weg zu nehmen“, ist natürlich nicht ernst zu nehmen; denn jeder, der sich jemals mit diesen Fragen beschäftigt hat und die wirtschaftsfriedlichen Verbände kennt, weiß genau, daß von ihrer Kostlösung und Unabhängigkeit gegenüber den Arbeitgebern niemals die Rede sein kann. Der Sinn ihrer Organisation ist ja gerade, den Arbeitgebern Hilfe zu leisten und den Arbeitnehmern in den Rücken zu fallen. Das weiß natürlich auch Herr Dr. Gräbner genau sowie Herr Dr. Sternberg-Raasch. Deswegen möchten wir doch ein klein wenig unsere Verwunderung aussprechen, wie solche Ansichten in das „Magazin“ geraten konnten. — Damit aber noch nicht genug. Es folgt ein zweiter Aufsatz „Massenkaufkraft und Konjunktur“. Das ist zwar nur ein Zitat aus der „Ruhr-Rheinischen Wirtschaftszeitung“, in der behauptet wird, daß ein Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie, wie sie Carnow in seiner bekannten Broschüre entwickelt hat, erfolgt sei. Auch hier bleibt die Beweisführung alles schuldig. Man polemisiert nicht nur gegen Carnow, sondern auch noch gegen das christliche Tagesorgan „Der Deutsche“ und behauptet rund und nett, es ergebe sich ohne weiteres, daß die Steigerung im Handel und Gewerbe bei steigendem Lohn der Arbeitnehmer ausbleibe. Wenn diese Behauptung so richtig wäre, wie sie falsch ist, so bliebe dann immer noch die zweite Frage offen; nämlich, ob etwa durch Ersparung gesteigerter Lohnsätze nicht ein Sparkapital zusammengebracht wird, von dem doch gerade in jenen Kreisen immer behauptet wird, es sei dies unbedingt im volkswirtschaftlichen Sinne. Die Kapitalvermehrung müsse auf dem Wege des Sparsystems erhöht werden. Wir sind ja zwar nicht Anhänger dieser Spartheorie, müssen aber doch feststellen, daß ja irgendwo das Geld (die gesteigerte Lohnquote) bleiben müßte. Wenn man also nicht argumentiert, wie jener Großagrarier, „der Mann wird alles versoffen haben!“ so bleibt nur noch die Schlussfolgerung, daß die Arbeiter (wie tatsächlich ein großer Teil des Bürgertums) das Geld ins Ausland tragen zu ihren monatelangen Ferienreisen! Da diese Behauptung natürlich nicht ernstlich aufgestellt werden kann, hütet man sich, so etwas zu sagen und läßt die Beweisführung über die Widerlegung der Carnowschen Kaufkrafttheorie hübsch beiseite. Auch hier macht sich das „Magazin“ zum Sprachrohr von Anschauungen, die wohl für das scharfmacherische Lager erklärlich sind, aber im Organ des kommunalen Arbeitgeberverbandes eigentlich nicht am Platze sein sollten. Wir müssen es außerordentlich bedauern, daß solche Entgleisungen im Organ des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände zu finden sind.

Schlechte Aussichten für den Wohnungsbau. Für den Wohnungsbau bestehen sehr schlechte Aussichten. Dies liegt vor allem an dem großen Geldmangel. In den letzten Monaten stockt nach einer Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung die Finanzierung des Wohnungsbaues mit Hypothekarkredit fast vollständig. Seit Beginn des Jahres sind rund 180 Millionen Mark weniger Wohnungsbauhypotheken erteilt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von Januar bis September beträgt der Zugang an Wohnungsneubauhypotheken 775 Millionen gegen 955 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. In erster Linie hat die Kreditgewährung der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten nachgelassen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben diese Institute 525 Millionen Mark d. h. rund 360 Millionen Mark weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres ausgeschüttet. Obwohl die Sparkassen etwas stärker hervortreten, ist dieses Minderergebnis nicht ausgeglichen worden. In fast noch stärkerem Maße ist die Möglichkeit der Gewährung von Zwischenkrediten gefallen. Diese äußerst mäßige Lage des Kapitalmarktes wird sich auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in katastrophaler Weise auswirken. Es wird vor allen Dingen eine Verzögerung der Baubeginne Anfang des nächsten Jahres eintreten. Die stärkere Heranziehung öffentlicher Mittel wird deshalb zur dringenden Notwendigkeit.

Nieder mit dem Volksbegehren!

Schon einmal, vor fast einem Jahrzehnt, haben sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer fest-gefügten republikanischen Phalanx vereint, um dem dreisten Ansturm politischer Hasardspieler Halt zu gebieten. Die Niederwerfung des Kapp-Putschs, die Rettung der deutschen Demokratie vor dem ersten Vorstoß des inneren Feindes, ist das unauslöschliche Verdienst dieses republikanischen Dreibundes.

Der Putschismus wurde geschlagen, aber er ist nicht tot. Nicht einmal die Lächerlichkeit, in der sein zweiter pathetischer Versuch im November 1923 erstickte, hat ihn getötet. Er ist zäh wie die Dummheit. Er ist unbelehrbar wie aller Fanatismus, der nur von unbefriedigtem Geltungsdrang und „der Luft an allem, was den Gegner zerstören kann“, lebt.

Die Bombenattentate des letzten Jahres sind ein Beweis nicht für die Gefährlichkeit, aber doch für die Lebenskraft wie für die fanatische Beschränktheit dieser Sorte Putschismus.

Trotzdem: Gegen diese Aktivisten der Zerstörung die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzurufen, wäre nicht der Mühe wert. Ihr „Vormarsch“ ist kein ernst zu nehmender Angriff, ihre Kindertrompeten, auch wenn sie von „wirklichem Haß“ schmettern, sind keine Posaunen des jüngsten Gerichtes.

Ernstester zu nehmen ist der nationalistische Block, den Hugenberg aus den Bündeln der Unzufriedenen und Enttäuschten zusammenschweißt hat, wengleich er nur eine Minderheit des Volkes repräsentiert.

Freilich, auch diese Spitzenorganisation des nationalistischen Spießertums, in der immer dieselben Mitglieder von einem Duzend Parteien, Bündeln und Bündchen unter einen Stahlhelm gebracht sind, ist kein Panzerkreuzer modernster Konstruktion. Es ist ein Gespensterschiff aus vergangenen Zeiten.

Es ist nicht der lebendige Geist der Gegenwart, der Kapitän und Mannschaft dieses Wracks beseelt. Wozu sie 1918 und 1919 nicht den Mut fanden, das wollen diese Helden jetzt, wo ihnen keine Gefahr droht als eine unblutige Niederlage, nachholen. So rüsten sie sich zur Fahrt, aber nicht auf das offene Meer der auswärtigen Politik, nicht wider die „Feindmächte“ von einst — ihre Courage reicht nur so weit wie die Grenzen der deutschen Republik.

Ihre Expedition geht nur gegen das neue Deutschland. Ueber diese Tatsache können die prahlerischen und zweideutigen Worte gegen die auswärtigen Mächte in dem „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ nicht hinwegtäuschen. Der völlige Bruch mit dem bisherigen System, auch und vor allem in der inneren Politik — das ist die Absicht des Hugenberg-Ausschusses. Das ist der wirkliche Sinn ihres Volksbegehrens.

Der große Staatsmann, den wir in der vergangenen Woche zu Grabe getragen haben, er wußte, um was es Hugenberg und seinem Anhang geht. Er hat es am 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung unzweideutig ausgesprochen.

„Es ist ein Kampf um die Macht im Staat und nicht um die Kriegsschuldbüge... Es ist ein Kampf gegen das heutige Deutschland mit der bewußten Absicht, eine Zweiteilung des Volkes herbeizuführen und für diejenige Gruppe, die im schärfsten Kampf gegen den heutigen Staat steht, auch die Regierungsgewalt zu erringen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß dieser Kampf um die Existenz des Staates selbst geht.“

Freie Mitwirkung des Volkes, seiner Parteien und seiner repräsentativen wirtschaftlichen Organisationen an Gesetzgebung und Verwaltung, oder restlose Beseitigung der Volksrechte;

Mitbestimmung des Staates und der Gewerkschaften im Gesamtbereich der Wirtschaftsführung und Wirtschafts-

politik: Demokratisierung der Wirtschaft, oder Autokratie des Unternehmertums;

Ausgestaltung der Sozialversicherung zu einem einheitlichen Bau deutschen Gemeinwillens, oder Zerstörung seiner Fundamente und Abbau der sozialen Leistungen;

Mit einem Wort: Demokratie oder Diktatur — Freiheit oder Knechtschaft.

Das ist die Alternative, vor die der Hugenbergausschuß das gesamte deutsche Volk stellt.

In diesem Kampf um den Bestand der deutschen Demokratie, geschaffen und gestaltet von den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes, in diesem Kampfe, in dem die in einer Front vereinten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten schon manchen Sieg erfochten, in diesem Kampfe, in dem sie die Dorkämpfer und Repräsentanten der Mehrheit des Volkes sind, gilt es in den kommenden Wochen einen entscheidenden Sieg erringen.

Das Volksbegehren muß ein Fiasko werden, das allen offenbar macht, wo das deutsche Volk steht.

Der Volksentscheid muß zu einer vernichtenden Niederlage der Feinde des neuen Deutschland werden.

Die großen Führer der deutschen Republik, die von Angehörigen eben jener Kreise verleumdet, ermordet oder zu Tode geheißt worden sind, die heute das deutsche Volk, vor allem aber die Massen der Werktätigen für ihre Ziele ködern wollen, die Helden und Märtyrer der deutschen Einheit und Freiheit, der deutschen Demokratie dürfen nicht vergeblich gefallen sein.

In ihrem Geiste muß sich die gesamte Arbeitnehmerschaft entscheiden.

Keiner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten darf seinen Namen hergeben für die Heuchler und Pharisäer, die die Führer des neuen Deutschland zu Landesverrättern stempeln wollen. Keiner von ihnen darf sich in die Listen des Volksbegehrens einzeichnen.

Kommt es aber zum Volksentscheid, so muß das millionenfache Nein des werktätigen Volkes die Hoffnung aller zerstören, die den neuen Staat beherrschen wollen, obwohl sie ihn hassen.

Rundschau

Theodor Leipart schwer verunglückt. Wie wir bei Redaktions-schluß erfahren, ist der Vorsitzende des ADGB, Kollege Theodor Leipart am Morgen des 14. Oktober schwer verunglückt. Leipart, der in Berlin-Zehlendorf wohnt, wurde von dem Direktor der Arbeiterbank Dr. Bachem aus Nikolassee mit einem Dienstwagen der Bank von seinem Heim abgeholt. Bei der Fahrt nach Berlin, die gewohnheitsgemäß über die Avus ging, ereignete sich das schwere Unglück. Am Kilometerstein 15,4 geriet der Wagen in hoher Fahrtgeschwindigkeit auf den Mittelstreifen der Avus und überschlug sich. Die Insassen, Theodor Leipart und Dr. Bachem, gerieten unter die Trümmer des Autos und wurden schwer verletzt. Der Chauffeur, ein 34jähriger Kurt Bahn, kam mit leichteren Verletzungen davon. Leipart und Dr. Bachem wurden sofort in das St.-Hildegard-Krankenhaus übergeführt. Während sich die Verletzungen Dr. Bachems als nicht sehr gefährlich herausstellten, ist der Zustand Leiparts ernst. Er hat einen Schädelbruch verbunden mit einer schweren Gehirnerschütterung und einen Oberschenkelbruch erlitten. Hoffen wir trotzdem, daß es ärztlicher Kunst und guter Pflege gelingt, den alten Dorkämpfer der Gewerkschaften wiederherzustellen, damit er uns noch lange erhalten bleibt. — Soweit sich übersehen läßt, trifft den Chauffeur an dem Unglück keine Schuld.